

Wer plant was? Die Positionen der Parteien im Überblick



Ein
Themenspezial
zur
Bundestags-
wahl



DEUTSCHLAND HAT DIE WAHL

Am 23. Februar können fast 60 Millionen Wahlberechtigte ihre Stimme abgeben und somit über die Zusammensetzung des neuen Bundestags bestimmen. In dieser Sonderausgabe stellen wir die Wahlprogramme vor, sprechen mit einem Parteienforscher – und analysieren, warum die Entscheidung in diesem Jahr besonders wichtig wird.

Von Markus Decker

Im Berliner Regierungsviertel sind die Warnungen schon seit Längerem unüberhörbar. Die Bundestagswahl 2025, so heißt es da, könne die letzte Chance sein – die letzte Chance nämlich, die Demokratie zu stabilisieren und die Machtübernahme durch die AfD zu verhindern. Man hört dies von Christdemokraten ebenso wie von Grünen. Auch der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, ließ sich zuletzt so verstehen, als er in der Debatte über das Zustrombegrenzungsgesetz sagte: „Das Tor zur Hölle können wir noch gemeinsam schließen.“ Noch.

Jedenfalls wird der Wahl des 21. Deutschen Bundestages allgemein fast schon schicksalhafte Bedeutung beigemessen. Selbst Optimisten müssen jetzt einräumen, dass es nicht mehr allein um die Frage geht, wer die nächste Bundesregierung stellt – sondern ob die parlamentarische Demokratie selbst Bestand hat. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist, so scheint es, in eine entscheidende Phase eingetreten. Die ersten Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg waren von großer Stabilität geprägt – und der Entschlossenheit, derlei nie wieder geschehen zu lassen. Bald mendelte sich ein Dreiparteiensystem heraus, in dem CDU/CSU, SPD und FDP die Dinge weit hin unter sich regelten. Der erste Kanzler Konrad Adenauer amtierte trotz hohen Lebensalters 14 Jahre lang. Ihm folgten mit Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger zwei weitere Regierungschefs, die ebenfalls der CDU angehörten. Alle drei brachten es auf eine Regentschaft von stattlichen 20 Jahren.

Die Regierungswechsel 1969 und 1982 waren der Tatsache geschuldet, dass die Liberalen die Seiten wechselten – zunächst weg von der Union und hin zur SPD, 13 Jahre später wieder zurück. 1983 zog mit den Grünen eine vierte Fraktion in den Bundestag ein, 1990 als Folge der deutschen Vereinigung mit der PDS auch eine fünfte.

Nationale Probleme

Gewiss, es gab schon damals gravierende Probleme. Da waren der Ölpreisschock, zunehmende Arbeitslosigkeit und die Konfrontation zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt. In beiden Bündnissen agierten die Bundesrepublik und die DDR als unfreiwillige Frontstaaten. Doch zumindest der Westen prosperierte. Und der Osten tat es nach der Friedlichen Revolution 1989 und harten Jahren des Umbruchs und sozialer Verwerfungen ebenfalls. Vor allem schien es lange so, als würden sich politische Herausforderungen überwiegend nationalstaatlich lösen lassen. Die Globalisierung war bei Weitem nicht so weit vorangeschritten wie heute. Den Euro zum Beispiel gab es noch nicht.

Schwer zu sagen, wann genau der Umbruch begann. Immerhin erlebte die Republik mit Helmut Kohl und Angela Merkel noch zwei weitere CDU-Kanzler, die sich jeweils 16 Jahre lang in ihrem Amt behaupteten. Allerdings wurden die Herausforderungen gerade in der Merkel-Ära gravierender – und internationaler. Da waren die Finanzkrise, die Flüchtlingskrise und schließlich die Corona-Pandemie.

Alle drei Krisen erforderten Kooperation über Ländergrenzen hinweg. 2017 trat mit der AfD auch erstmals eine Partei in den Bundestag ein, die auf Nationalismus setzt und keine andere Regierung will, sondern ein ganz anderes System. Von der Linken wiederum spaltete sich das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ab. Dazu gesellt sich im Bundestag mittlerweile eine Handvoll meist rechtsgerichteter Parlamentarier, die überhaupt keiner Fraktion mehr angehören.

Die Regierungsbildungen wurden entsprechend schwieriger. So scheiterten 2017 die Sondierungen über eine Jamaika-Koalition am Veto des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner. 2018 nahm nur unter dem Druck von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erneut eine große Koalition auf der Kabinettsbank Platz. 2021 rauften sich Sozialdemokraten, Grüne und Liberale zur sogenannten Ampelkoalition zusammen. Es begann hoffnungsfroh, endete jedoch im Desaster. Die Fragilität der Verhältnisse drückte sich nicht zuletzt darin aus, dass die SPD

Bange Blicke auf die Wahlkabinen: Was wird dort bei der Bundestagswahl am 23. Februar entschieden?

FOTO: STRATENSCHULTE/ DPA



WARUM ES AUF JEDE STIMME ANKOMMT

Vor der Entscheidung über die Zusammensetzung des 21. Deutschen Bundestages fürchten viele: Mehr und mehr steht auch die Demokratie selbst auf dem Spiel. Das war seit 1949 noch nie so.



Schier unüberwindbarer Problemberg: Die Köpfe der gescheiterten Ampel-Regierung, Christian Lindner (von links, FDP), Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) und Olaf Scholz (SPD) im Juni im Bundestag. FOTO: KAY NIETFELD/DPA

mit Olaf Scholz den Regierungschef stellen konnte, obwohl sie lediglich 25,7 Prozent der Stimmen errungen hatte. Der letzte sozialdemokratische Kanzler Gerhard Schröder hatte 1998 noch 40,9 Prozent der Stimmen geholt.

Unterdessen hat sich auch die Gesellschaft verändert, was sich im Wahlverhalten spiegelt. Die Ostdeutschen zum Beispiel wählen bis heute vielfach anders als die Westdeutschen. Ähnliches lässt sich von jenem Viertel der Bundesbürger sagen, das einen Migrationshintergrund hat.

Parteien ohne Lösungen

Grundsätzlich ist es allerdings der schier unüberwindbare Problemberg aus Wirtschaftsflaute, Digitalisierung, Alterung der Gesellschaft, Migration, Klimawandel und neuen Kriegen, der den Akteuren zu schaffen macht – zumal sich diese Probleme in Teilen gegenseitig verstärken.

So schreibt der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Röttgen in „Demokratie und Krieg. Deutsche Politik und deutsche Identität in Zeiten globaler Gefahr“, seinem aktuellen Buch: „Die Politik und das politische Personal haben Mühe, überhaupt intellektuell mit den rasanten Veränderungen und dem, was sie genau für die Gesellschaften bedeuten, Schritt zu halten, geschweige denn, Erklärung und Problemlösung anzubieten.“ Und er fährt fort: „Viele Bürger fühlen sich infolge fehlender Problemlösungskompetenz nicht mehr vertreten. Diese Repräsentationslücke schwächt das demokratische System in einer Zeit, in der es

hochleistungsfähig sein müsste. Und je härter, hasserfüllter und unnachgiebiger die politische Auseinandersetzung wird, desto weniger kluge und verantwortliche Köpfe streben in die Politik, um eben jene Repräsentationslücke durch Kompetenz und Empathie wieder zu schließen. Ein gefährlicher Teufelskreis setzt ein, den Populisten mit vermeintlich einfachen Lösungen für sich zu nutzen wissen.“

Der Soziologe Steffen Mau stellt eine ähnliche Diagnose. „Die Parteien sind in eine programmatische Schwächephase gekommen“, sagte er dieser Tage, „ihre Apparate haben wenig Vorstellungskraft, wie gestaltende Politik noch aussehen kann. Deshalb geht man auf Emotionspolitik, in der Hoffnung, so noch Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Die eigentlichen Fragen verschwinden damit ein Stück weit vom Radar. Das hat auch mit der Veränderung der Öffentlichkeit und der Medienlandschaft zu tun, mit Gelegenheitsstrukturen, die genutzt werden.“ Gemeint sind damit in erster Linie die digitalen Netzwerke wie Facebook, Tiktok oder X.

Der Populismus blüht

Das bedeutet in der Summe: Nicht zuletzt, weil die Probleme ins Unermessliche zu wachsen scheinen, blüht der Populismus. Der Populismus macht Lösungen wiederum noch schwieriger, weil die demokratischen Parteien sie über Lagergrenzen hinweg finden müssen, um die Populisten draußen zu halten. Das geht auf Kosten der Konsistenz dieser Lösungen. In der Konsequenz reiben sich Populisten erst recht die Hände. Schließlich ist genau dieses Dilemma ihr Lebenselixier.

Ansichts der zunehmend vertrackten Gesamtsituation blicken daher immer mehr Akteure – Wähler und Politiker – mit Bangen auf den 23. Februar. Dass Scholz nicht Kanzler bleiben wird, ist ziemlich gewiss. Er bildet, was die Amtszeiten angeht, dann mit Erhard und Kiesinger das Schlusslicht. Weniger gewiss ist, ob wir ein Parlament mit vier, fünf, sechs oder sieben Fraktionen bekommen. Denn mit der Linken, der FDP und dem BSW bewegen sich drei Parteien an der 5-Prozent-Hürde.

Von geringfügigen Verschiebungen beim Wahlergebnis hängt ab, welche Koalitionen nach dem Wahltag rechnerisch möglich sind – vom politisch Möglichen ganz zu schweigen. Es kann sein, dass es für eine Zweierkoalition aus Union und SPD oder Union und Grünen reicht, wobei es sich de facto um eine Dreierkoalition handeln würde, weil die Union aus CDU und CSU besteht. Es könnte aber ebenso gut eine Viererkoalition werden. Oder eine Minderheitsregierung.

Nicht völlig ausgeschlossen ist ferner, dass AfD und BSW gemeinsam ein Drittel der Sitze erringen. Damit könnten sie Änderungen des Grundgesetzes wie eine Reform der Schuldenbremse blockieren. Das wäre für sich genommen heikel genug, da sich viele Experten darin einig sind, dass ohne neue Kredite in den kommenden Jahren kein Staat mehr zu machen ist.

Institutionelle Blockade

Der Soziologe Steffen Mau sagt: „Ich vermute, dass wir wieder eine Koalition bekommen, in der jede Partei versucht, ihre Lieblingsprojekte durchzubringen. Dann dürfte weiterer Streit folgen, weil sich der Reformstau vergrößert und die Finanzierungsfrage offen ist. Wir haben aber noch ein viel grundsätzlicheres Problem. Das besteht in der Selbstfesselung durch ein föderales System, in dem viele Gesetze im Bundesrat zustimmungspflichtig sind. Die Entscheidungsbedarfe wachsen, die Entscheidungsfähigkeit schwindet. Das ist eine ganz ungünstige Situation.“

Da, wo die Politik Wege in die Zukunft weisen sollte, könnte es selbst für Wohlmeinende schwierig werden, dies noch zu tun, weil eine totale Blockade der politischen Verhältnisse droht. Das könnte das Vertrauen in die Demokratie zusätzlich erschüttern und Extremisten Tür und Tor öffnen.

Klar, es kann anders kommen. Es könnte ein Bundestag mit einer überschaubaren Anzahl an Fraktionen entstehen. Eine Zweierkoalition (sprich: Dreierkoalition) könnte den Ernst der Lage erkennen und danach handeln. Nur an einer Feststellung kann kein Zweifel bestehen: Am 23. Februar kommt es wirklich auf jede Stimme an.



„Das Tor zur Hölle können wir noch gemeinsam schließen.“

Rolf Mützenich,
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Was versprechen die Parteien im Bundestagswahlkampf? Auf den folgenden Seiten betrachten wir ihre Programme – den Anfang machen CDU und CSU. Sie wollen mit Ideen zur Stärkung der Wirtschaft punkten und mit einer konsequenteren Sicherheitspolitik. Außerdem plant die Union, eine Reihe von Ampelgesetzen zurückzunehmen.

Von Alisha Mendgen

Mit der Union soll nicht alles, aber vieles anders werden. Die Schwesterparteien CDU und CSU versprechen einen „Politikwechsel“, sollten sie die Bundestagswahl am 23. Februar gewinnen. Dabei fokussieren sie sich vor allem auf die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Die wichtigsten Punkte des Wahlprogramms im Überblick:

Bildung

Die Union will das Bildungssystem verbessern und sieht dabei Änderungen für Kinder im Kleinkindalter vor. So planen die Schwesterparteien, „verpflichtende Sprachtests im Vorschulalter“ einzuführen, um die Sprachkenntnisse der Kinder zu prüfen. Werden Sprachprobleme festgestellt, müssen sie eine Kita oder Vorschule besuchen. Die Bildungspolitik soll nach Ansicht von CDU und CSU Ländersache bleiben. „Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern wollen wir in Form und Inhalt deutlich verbessern, ohne die klar geregelten Zuständigkeiten infrage zu stellen“, heißt es. So ist ein weiteres Investitionsprogramm geplant, um Länder und Kommunen beim Ausbau der Betreuungsplätze zu unterstützen. Der Ausbau von ganztägigen Bildungsangeboten soll zudem forciert werden.

Darüber hinaus soll es ein Maßnahmenpaket zur Stärkung von Gesundheits- und Jugendmedienschutz geben, um die Social-Media-Nutzung kritisch in den Blick zu nehmen. Die Union will ein bundesweit qualitativ vergleichbares Abitur auf hohem Niveau erreichen. Um die Zahl von Schulabbrechern zu reduzieren, soll die Berufsorientierung gefördert werden. Außerdem will die Union Teil- und Weiterqualifizierungen für Schulabgänger oder Studienabbrecher stärken. Auch beim Bafög sind Änderungen geplant: Die Anträge sollen künftig einfacher und vollständig digital gestellt, bearbeitet und damit schneller beschieden werden. Zudem sollen Bafög-Empfänger mehr Geld hinzuverdienen können.

Wirtschaft und Klimaschutz

Die schwächelnde Wirtschaft will die Union mit niedrigeren Steuern und einem Abbau von Bürokratie ankurbeln.

Mit „Entrümpelungsgesetzen und Bürokratie-Checks“ sollen Unternehmen von Auflagen befreit werden. Das viel kritisierte nationale Lieferkettengesetz wollen CDU und CSU abschaffen. Im Kern soll die Steuerbelastung auf einbehaltene Unternehmensgewinne auf 25 Prozent gesenkt werden. Den restlichen Solidaritätszuschlag wollen beide Parteien abschaffen. Die Kosten von Energie adressiert die Union ebenfalls. Mit einer Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte sowie mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien soll das gelingen.

Auch die Atomkraft muss nach Ansicht der Union eine Rolle spielen – die Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke solle geprüft werden. Die Union plant darüber hinaus eine große Einkommenssteuerreform und will Menschen mit „niedrigen und mittleren Einkommen“ entlasten. Der Einkommenssteuertarif soll in vier Schritten angepasst werden mit dem Ziel, den Spitzensteuersatz statt bei unter 70.000 bei 80.000 Euro Jahresgehalt greifen zu lassen.

Migrationspolitik und Sicherheit

In der Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik will die Partei einen härteren Kurs fahren. So dringt sie auf Zurückweisungen an deutschen Grenzen durch die Bundespolizei. Abschiebungen soll es auch nach Syrien und Afghanistan geben. Perspektivisch planen CDU und CSU, ein Drittstaatenmodell einzuführen, wonach jeder, der in Europa Asyl beantragt, in einen sicheren Drittstaat überführt wird und dort sein Verfahren durchläuft und Schutz bekommt. Über Kontingente würde eine gewisse Anzahl an schutzberechtigten Personen in Deutschland Asyl bekommen. Gleichwohl will die Union die Einwanderung von Fachkräften mithilfe einer „digitalen Work-and-stay-Agentur“ erleichtern.

Für mehr Sicherheit in Deutschland plant die Union, die Sicherheitsbehörden und die Justiz zu stärken sowie Verbrechen härter zu bestrafen. Die Partei will beispielsweise die Speicherung von IP-Adressen für eine „Mindestdauer“ ermöglichen. Außerdem sollen die Behörden elektronische Gesichtserkennung und moderne Software zur Analyse von großen



Verspricht eine andere Politik: Friedrich Merz, CDU-Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat, beim Wahlkampf im Sauerland.

FOTO: IMAGO/CHRIS EMIL JANSSEN

Datenmengen und sozialen Netzwerken nutzen können.

Sozialpolitik und Rente

Im Sozialsystem streben die Parteien mitunter große Reformen an. Aus dem Bürgergeld soll die „neue Grundsicherung“ werden, in der der Regelsatz komplett gestrichen werden kann, wenn ein Empfänger keine Arbeit aufnimmt. Im Rentensystem sollen die Kosten gesenkt werden, indem die Menschen einen Anreiz bekommen, länger zu arbeiten. „Wer über das gesetzliche Rentenalter hinaus freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt bis zu 2000 Euro im Monat steuerfrei“ lautet der Vorschlag. Ein höheres gesetzliches Renteneintrittsalter als 67 Jahre lehnt die Union ab. Die CSU möchte die Mütterrente ausweiten, die CDU steht dem skeptisch gegenüber. Für junge Menschen soll es eine „Frühstart-Rente“ geben, für die der Staat für alle Sechs- bis 18-Jährigen mit 10 Euro pro Monat die kapitalgedeckte private Altersvorsorge fördert.

Außenpolitik und Verteidigung

Nach Ansicht der Union muss Deutschland das aktuelle 2-Prozent-Ziel der Nato einhalten, sie nennt es allerdings eine „Untergrenze unserer Verteidigungsausgaben“. Die Truppenstärke will sie von 180.000 auf 203.000 Soldaten und Soldatinnen erhöhen. So setzt sie perspektivisch auf ein „verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das wir mit der aufwachsenden Wehrpflicht zusammendenken“. Die Partei hält an ihrer Forderung fest, im Kanzleramt einen nationalen Sicherheitsrat zu verankern. Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine betont die Union die Unterstützung für das Land – „mit allen erforderlichen diplomatischen, finanziellen und humanitären Mitteln sowie mit Waffenlieferungen“, heißt es. Israel soll weiterhin militärisch unterstützt werden.

Rücknahme von Ampelgesetzen

Mehrere Gesetze der Ampelkoalition will die Union zurücknehmen: etwa die Cannabislegalisierung, das Heizungsgesetz sowie das Gesetz für schnellere Einbürgerungen. Auch das Selbstbestimmungsgesetz, das den amtlichen Geschlechtswechsel bei Erwachsenen erleichtert, soll wieder zurückgenommen werden. Das Wahlrecht wollen CDU und CSU nach der Reform der Ampelregierung ebenfalls wieder verändern.

Fazit

Mit einer harten Abgrenzung zur gescheiterten Ampelregierung möchte die Union bei der Bundestagswahl besonders stark abschneiden. Sie will als die Alternative zu SPD, Grünen und FDP wahrgenommen werden, um von der Wechselstimmung im Land zu profitieren. Insbesondere in der Migrationspolitik schlägt sie einen härteren Kurs ein, auch um zur AfD abgewanderte Wählerinnen und Wähler wieder zurückzugewinnen.

FDP: WENIGER BÜROKRATIE UND WENIGER KLIMASCHUTZ

Das Wahlprogramm der Liberalen setzt auf die „Wirtschaftswende“ und will die Unterstützung für Geflüchtete reduzieren

Von Daniela Vates

Die FDP fordert in der Migrationspolitik die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte. Geflüchtete aus der Ukraine sollen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten statt Bürgergeld. Auf die Zustimmung der Bundesländer angewiesen wären die Liberalen beim Wunsch, die Zuständigkeit für Abschiebungen auf den Bund zu konzentrieren. Ausreisepflichtige sollen keine staatliche Unterstützung mehr bekommen. Ausdrücklich hält die FDP an dem von der Ampel reformierten Staatsangehörigkeitsrecht fest: Danach kann nur eingebürgert werden, wer seinen eigenen Lebensunterhalt verdient und nicht antisemitisch auffällig geworden ist.

Bildung

Das sogenannte „Deutschland-Abi-



Neue Regeln nur, wenn alte gestrichen werden: FDP-Plakat mit ihrem Vorsitzenden Christian Lindner.

FOTO: IMAGO/CHRISTIAN ENDER

tur“ soll ein bundesweit einheitlicher Abschluss sein – und damit Schulabschlüsse bundesweit vergleichbar machen. Hierfür ist allerdings die Zustimmung der Bundesländer nötig. Weil die FDP auch in anderen Bereichen wie beim Daten-

und Katastrophenschutz mehr Zuständigkeiten für den Bund will, fordert sie eine erneute Föderalismusreform, die eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat benötigen würde. Ebenfalls mit den Ländern einigen müsste sich die

FDP auf bundesweit verpflichtende Sprachtests für Kinder im Vorschulalter, bei Bedarf soll es vor Schuleintritt zwei Jahre Sprachförderung geben. Zum Schulunterricht gehören für die Liberalen die bundesweite Einführung der Fächer Wirtschaft und Informatik und auch ein Pflichtbesuch in einer Holocaust-Gedenkstätte, die Auseinandersetzung mit der Geschichte Israels und mit der Teilung Deutschlands. Ausbauen will die FDP Bildungskredite.

Wirtschaft und Finanzen

Die FDP fordert eine „Wirtschaftswende“. Ihr erster Punkt dabei: Bürokratieabbau. Drei Jahre lang sollen keine neuen Regeln beschlossen werden, wenn nicht vorher Regeln gestrichen wurden. Für Betriebe wird ein Jahr ohne Berichtspflichten in Aussicht gestellt. Die Aufbewahrungspflicht für Steuerunterlagen soll auf fünf Jahre reduziert werden. In Aussicht gestellt

werden eine Senkung der Körperschaftsteuer sowie großzügigere Abschreibungsregeln für Unternehmen. Für die Gastronomie soll die Umsatzsteuer auf 7 Prozent reduziert werden. Die Bonpflicht in Geschäften soll wegfallen. Gestrichen werden soll die Luftverkehrssteuer für Fluggesellschaften. Gleichzeitig lehnt die FDP allerdings Subventionen ab. Sie sollen für erneuerbare Energien entfallen.

Auch die Offenheit für Atomkraftwerke ist davon betroffen: Die FDP will sie zulassen, aber nicht mehr mit Staatsgeld unterstützen. Die FDP befürwortet Fracking-Verfahren zur Erdgasgewinnung. Das deutsche Ziel für Klimaneutralität soll an die europäische Terminlage angepasst und von 2045 auf 2050 verschoben werden.

Neuerungen für die Arbeitswelt: Die gesetzlichen Grenzen für eine tägliche Höchstarbeitszeit sollen abgeschafft und durch eine wöchentliche Höchstgrenze ersetzt werden.

chentliche Höchstgrenze ersetzt werden. Schluss machen will die FDP mit telefonischen Krankschreibungen. Gefordert wird zudem eine Reform des Streikrechts mit verpflichtenden Schlichtungsvereinbarungen und Mindestankündigungsfristen.

Offen zeigen sich die Liberalen dafür, der Europäischen Zentralbank und der Deutschen Bundesbank zu erlauben, bei den Währungsreserven auch auf Kryptowährungen wie Bitcoin zu setzen.

Summe der Versprechen

Die FDP geht mit den teuersten Versprechen in den Wahlkampf: Ihre Pläne summieren sich laut dem Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) auf 138 Milliarden Euro, das Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt sogar auf 188 Milliarden Euro. Wirtschaftsaufschwung und Subventionsabbau sollen es richten.

Von Kristina Dunz

Der SPD ist klar, dass steigende Preise und Wachstumsschwäche, Fachkräftemangel und Firmenpleiten vor allem ihr als Kanzlerpartei angelastet werden. Im Wahlprogramm verspricht sie Milliardeninvestitionen und Steuerentlastungen. Ein Überblick:

Bildung

Die SPD tritt dafür ein, dass eine gute Bildung unabhängig von der persönlichen Lebenssituation möglich ist. Sie schlägt vor, eine Fachkräfteoffensive für Kitas und Schulen verbindlich zwischen allen Bundesländern zu vereinbaren. So sollen Ausbildungskapazitäten ausgebaut, multiprofessionelle Teams gebildet und mögliche Quereinsteiger angesprochen werden.

Kein Kind solle ohne die nötigen Grundfertigkeiten in die Schule starten. Spätestens mit vier Jahren und bei der Einschulung müsse der Entwicklungsstand festgestellt und wenn nötig eine verbindliche Förderung angeboten werden. Das Bildungssystem solle „fit“ für die Einwanderungsgesellschaft gemacht werden. „Wir wollen Vielfalt auch in Bildungsplänen, Schulbüchern und in den pädagogischen Berufen widerspiegeln. Schüler*innen unterschiedlicher Herkunft sollen sich mit ihnen identifizieren können.“ Die Erbschafts- und Schenkungssteuer soll reformiert werden, um gezielt in bessere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen investieren zu können.

Wirtschaft

Für mehr Investitionen in Strom- und Wärmenetze, Ladesäulen und Wohnungsbau will die SPD einen Deutschlandfonds einrichten, in den der Staat 100 Milliarden Euro einzahlt – kreditfinanziert. Auch privates Kapital soll einfließen. Daraus sollen Beteiligungen und Darlehen finanziert werden. Mit einem Made-in-Germany-Bonus will sie 10 Prozent einer Anschaffungssumme für Maschinen und Geräte über die Steuer zurückerstatten.

Die SPD will ferner 95 Prozent der Steuerzahler entlasten. Finanzieren sollen das die deutlich Besserverdienenden: das oberste eine Prozent. Wer ein Einkommen von einer Million Euro im Jahr hat, soll 20.000 Euro mehr zahlen. Zudem soll die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz von derzeit 67.000 auf 93.000 Euro im Jahr angehoben werden. Dafür soll der Steuersatz wiederum von jetzt 42 auf 45 Prozent steigen. Der Mindestlohn soll spätestens ab 2026 auf 15 Euro steigen. Die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel soll von 7 auf 5 Prozent gesenkt werden.

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse will die SPD reformieren, um mehr Kredite aufnehmen zu können. Angesichts von Reformstau und gefährlicher internationaler Lage sollen langfristige Investitionen als Ausnahme von der Schuldenbremse erlaubt werden.



Wird er trotz der anhaltenden deutschen Wachstumsschwäche wiedergewählt? Bundeskanzler Olaf Scholz im Wahlkampf. FOTO: IMAGO/REVIEWFOTO

SPD: BONUS FÜR MADE IN GERMANY

Die Sozialdemokraten wollen ihr Image als Partei für Bürgergeldempfänger loswerden und machen die Wirtschaft zum Schwerpunkt im Wahlkampf. Offen ist, ob die SPD mit Olaf Scholz noch einen Kanzlerbonus hat. Einen Vorteil hat der 66-Jährige: Anders als die Konkurrenz spielt er schon qua Amt international eine Rolle.

Flüchtlingspolitik

Der Verlagerung von Asylverfahren in Länder außerhalb der EU, wie etwa CDU und CSU sie befürworten, lehnt die SPD ab. Ferner will sie zwar Straftäter konsequent abschieben, sie bemüht sich aber weiterhin um die freiwillige Rückkehr von Migranten ohne Bleiberecht in ihre Herkunftsländer. Dafür müssen allerdings Abkommen mit diesen Ländern bestehen. Unter Scholz wurde der Kreis dieser Länder ausgebaut. Nach der Morde eines ausreisepflichtigen afghanischen Asylbewerbers in Aschaffenburg legte die SPD weitere Vorschläge vor.

Vollzugsbehörden sollen von psychosozial spezialisierten Fachkräften unterstützt werden, um psychische Erkrankungen von Asylbewerbern und mögliche Gefahren besser zu erkennen. Die Behörden

müssten untereinander besser kommunizieren und rund um die Uhr erreichbar sein. Die eingeführte Kontrollen an den deutschen Grenzen sollen so lange fortgeführt werden, wie es die Sicherheitslage erfordere.

Klima und Verkehr

Die SPD bekennt sich zum Klimaziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen. Dieses Ziel wurde laut Experten 2024 bereits gerissen. Schon die Ampel hatte es versprochen und dann nicht geliefert: das Klimageld. Dies hat die SPD wieder in ihr Programm aufgenommen.

Die SPD tritt für ein Tempolimit auf Autobahnen ein: 130 Kilometer pro Stunde. Das Deutschlandticket soll dauerhaft angeboten werden. Fernzüge sollen in allen Großstädten halten. Das Angebot an ICE-

Sprintern und europaweiten Schnellzugverbindungen soll erweitert werden. Der Atomausstieg wird als richtig verteidigt.

Soziales und Gesundheit

Das Rentenniveau soll bei 48 Prozent festgeschrieben werden. Das Renteneintrittsalter von 67 Jahren soll nicht erhöht werden. Was man wissen sollte: Zwar gelten bis 2027 die Rentenbeiträge als stabil (bei 18,6 Prozent). Ab 2028 werden sie allerdings steigen – bis 2030 voraussichtlich auf über 22 Prozent.

Die hohen Eigenanteile bei den Pflegekosten in stationärer Langzeitpflege sollen auf 1000 Euro pro Monat gedeckelt werden. Entlastung plant die SPD auch bei jungen Menschen: Zimmer in Wohngemeinschaften für Studenten und Auszubildende sollen nicht mehr als 400 Euro Miete kosten dürfen.

Für privat und gesetzlich Versicherte soll es keine Unterschiede mehr bei Wartezeiten und Behandlungsmöglichkeiten geben. Die SPD verspricht eine Termingarantie der Krankenkassen und Kasernenärztlichen Vereinigungen.

Innere Sicherheit

Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte sollen härter bestraft werden. Verschärft werden soll auch das Gewaltschutzgesetz. Der Schutz vor häuslicher Gewalt und Stalkern soll durch Maßnahmen wie elektronische Fußfesseln und verpflichtende Antigewalttrainings für Täter sowie Aufenthaltsverbote und Hausarreste verbessert werden.

Ferner will die SPD Bürgerräte, in denen geloste Bürger und Bürgerinnen über schwierige Themen beraten und ihre Ergebnisse der Politik vorlegen, etablieren.

Außenpolitik und Verteidigung

Deutschland soll größter Waffenlieferant und Geldgeber für die Ukraine unter den europäischen Staaten bleiben – aber die SPD bleibt auch beim Nein zur Lieferung der Marschflugkörper Taurus an Kiew. „Besonnenheit und Augenmaß“ lautet die Devise. Scholz sagt, er wolle keine Eskalation mit Russland provozieren. Deutschland und die Nato dürften keine Kriegspartei werden.

Die Verteidigungsausgaben sollen das Nato-Ziel von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erfüllen. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht lehnt die SPD ab. Sie will aber einen „flexiblen Wehrdienst“ einführen – dieser soll freiwillig sein und sich am Bedarf der Bundeswehr orientieren.

Ausblick

Auch wenn Scholz die Parole ausgibt, die SPD werde wie 2021 die Wahl gewinnen, ist der Partei die Gefahr für die Sozialdemokratie bewusst. Die Ampelregierung hat ihr Ansehen schwer beschädigt. Neben dem SPD-pur-Programm setzt der Kanzler nun darauf: Dass sich Menschen in der Wahlkabine für seine Partei entscheiden, weil Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz noch nie ein Regierungsamt hatte.

DIE LINKE SETZT AUF UMVERTEILUNG

Die Linkspartei bleibt bei ihren Wurzeln, fordert Milliarden für den Klimaschutz und grenzt sich bei der Migration von Sahra Wagenknecht ab

Von Jan Sternberg

Die Linkspartei kämpft ums Überleben – und will als politischer Underdog für all diejenigen da sein, die sich von den anderen Parteien vergessen fühlen. Ihr Wahlprogramm setzt auf Umverteilung, Mietendeckel und Preissenkungen.

Wirtschaft und Energie

Die Linke fordert „preisgünstige Sockeltarife“ für Strom und Heizenergie. „Wer mehr verbraucht, zahlt mehr. Das ist sozial gerecht und regt trotzdem zum Energiesparen an.“ Reiche sollen einen Energie-Soli zahlen.

Das von der Ampelregierung versprochene, aber nie eingeführte Klimageld soll rückwirkend zum 1. Januar eingeführt werden und 320 Euro jährlich pro Person betragen. Ein 200-Milliarden-Euro-Programm soll den sozialökologischen Industrieumbau vorantreiben. Daraus sollen unter anderem Standorte finanziert werden, die von der



Zieht ihre Partei wieder ins Parlament ein? Die Bundesvorsitzenden Jan van Aken und Ines Schwerdtner beim Wahlparteitag. FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

Automobilindustrie aufgegeben werden. Diese sollen unter Einbeziehung der Belegschaften „vergesellschaftet“ und für die Bedarfe eines kollektiven Verkehrssystems umgerüstet werden.“

Bildung

Die Linkspartei fordert mehr Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildung in allen Punkten: bei der Sanierung von Schulen, der Einstellung von Lehrkräften und der Her-

stellung gemeinsamer Rahmenbedingungen. „Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss vollständig aufgehoben und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankert werden“, steht im Programm. Lernmittel sollen ebenso kostenfrei werden wie der Schülertransport und die Mittagsverpflegung.

Klimaschutz und Sozialpolitik

Die Linke bleibt bei ihren Wurzeln: „Wir wollen den demokratischen Sozialismus“, steht im Programm. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehörten „untrennbar zusammen“, die Naturzerstörung werde „in Deutschland und global zur Klassenfrage“. Ein Klima- und Transformationsfonds (KTF) soll mit jährlich 65 Milliarden Euro ausgestattet und für den Umbau der Wirtschaft verwendet werden.

In der Sozialpolitik fordert die Linke die Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro, spätestens ab 2026 auf 16 Euro. Das Bürgergeld

soll zu einer „sanktionsfreien individuellen Mindestsicherung“ umgebaut werden. Ein bundesweiter Mietendeckel soll dafür sorgen, dass die Mietentwicklung bundesweit nicht nur gebremst, sondern beendet und rückgängig gemacht wird. Eine „Mietwucher“-App der Linken zum Vergleich der Mieten in vier Städten fand bereits 50.000 Fälle überhöhter Mieten.

Flüchtlingspolitik

Parteichef und Spitzenkandidat Jan van Aken sagt bei jeder Gelegenheit, dass die Linke nicht „auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten“ Wahlkampf machen werde – eine klare Abgrenzung auch zu Sahra Wagenknechts BSW. Die Linke stehe für eine „solidarische Einwanderungsgesellschaft“, steht im Programm. Alle Geflüchteten sollen „ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten. Niemand soll darauf warten müssen, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen“, fordert die Linke.

Innere Sicherheit

Innere Sicherheit kommt bei der Linken vor allem als Kampf gegen den Rechtsextremismus vor. „Wir werden die parlamentarische Aufklärung des Rechtsterrors im Bundestag vorantreiben“, verspricht die Partei. Sie fordert „das Verbot militanter, bewaffneter, neonazistischer Organisationen und unterstützt die Forderung nach einer Prüfung eines AfD-Verbots durch das Bundesverfassungsgericht“.

Außenpolitik

„Die Linke ist eine Friedenspartei und verlässliche Stimme der Friedensbewegungen“, steht im Wahlprogramm. Den Ukraine-Krieg will die Linke möglichst schnell durch Verhandlungen beenden.

Fazit

Die Linkspartei ist im Existenzkampf zu ihren klassenkämpferischen Wurzeln zurückgekehrt, fordert eine Entlastung der Ärmern und eine massive Besteuerung der Reichen.



Die AfD und ihre Kanzlerkandidatin Alice Weidel erklären den rechtsextremen Kampfbegriff „Remigration“ zur offiziellen Parteilinie. FOTO: IMAGO/MARCO BADER

AFD: FÜR KOHLE UND GEGEN DAS GENDERN

Von Jan Sternberg

Zurück zum Verbrennungsmotor, neue Kohle- und Kernkraftwerke, Überwindung von EU und Nato – die AfD zeigt sich zur Bundestagswahl radikaler denn je. Wir haben die wichtigsten Punkte zusammengefasst:

Wirtschaft und Energie

Die AfD-Chefs Alice Weidel und Tino Chrupalla beklagen die „Deindustrialisierung Deutschlands“ und fordern vor allem weniger Klimaschutz und billige Energie.

Die „deutsche Automobilindustrie“ müsse „als Leitindustrie erhalten“ bleiben, fordert die AfD. Sie sei „abhängig vom Fortbestand des Verbrennungsmotors“. Daher sei die Antriebswende zur Elektromobilität zu stoppen und zurückzudrehen, fordert die Partei, für die sich der Tesla-Eigentümer Elon Musk im Wahlkampf starkgemacht hat.

Nur durch billige Energie sei der Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten, argumentiert die AfD. Die Partei will daher die Laufzeiten der Kohlekraftwerke verlängern, neue Atomkraftwerke bauen, die Nord-Stream-Pipelines reparieren und wieder Gas aus Russland beziehen. Gas- und Ölheizungen sollen bleiben, die CO₂-Abgabe abgeschafft, Energie- und Stromsteuer gesenkt werden. Neue Windkraftwerke wird es nach dem Willen der AfD nicht geben. Auf dem Parteitag in Riesa sprach Weidel sogar davon, „Windmühlen der Schande“ abzureißen.

Die AfD will die Europäische Union durch einen „Bund europäischer Nationen“ ersetzen, diese „neu zu gründende europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“ soll sich ausschließlich um den Binnenmarkt, Schutz der Außengrenzen und Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen kümmern. Seit ihrer Gründung 2013 fordert die AfD zudem das Ende des Euro und die Wiedereinführung nationaler Währungen.

Bildung

Die AfD setzt sich für ein nach Begabung differenziertes mehrgliedriges Schulsystem ein. Für den Übergang aufs Gymnasium sollen „verbindliche Kriterien“ eingeführt werden. „Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden; der Haupt- oder Realschulabschluss zur Berufsausbildung befähigen.“

Die Partei fordert im Wahlprogramm die Einführung verpflichtender Vorschulklassen. Die Inklusion an Regelschulen soll zurückgefahren werden. Die Förderschule solle „wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden“. Die AfD steht dem aktuellen Schulsystem skeptisch gegenüber, beklagt sich über „Frühsexualisierung“ und „Gender-Indoktrination“. Folgerichtig will die Partei es ermöglichen, dass Eltern ihre Kinder außerhalb des staatlichen oder staatlich anerkannten Schulsystems unterrichten. Aus der

Radikalisierung und Normalisierung – die AfD setzt zur Bundestagswahl auf eine Doppelstrategie. Infrage gestellt werden die Bindung an die westlichen Staaten und die Energiewende, die CDU ist der neue Hauptgegner.

Schulpflicht solle eine „Bildungspflicht“ werden.

Klimaschutz und Sozialpolitik

Das Unterkapitel „Klima“ nimmt nur zwei Seiten im 85-seitigen Wahlprogramm der AfD ein. Darin erklärt die Partei, dass vom „natürlichen“ Klimawandel aus ihrer Sicht keine Gefahr ausgehe und jegliche Maßnahmen zum Klimaschutz unnötig seien.

Die AfD will das Bürgergeld umbauen und einschränken, insbesondere für Empfänger ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Erwerbsfähige Bürgergeldempfänger will die AfD nach sechs Monaten „zu gemeinnütziger Arbeit heranziehen“. Nicht deutsche Staatsangehörige sollen nur noch für ein Jahr Bürgergeld bekommen und auch nur dann, wenn sie vorher fünf Jahre sozialversicherungspflichtig in Deutschland

gearbeitet haben. Ukrainische Kriegsflüchtlinge sollen im Leistungsbezug wieder den Asylbewerbern gleichgestellt werden.

Nach Berechnungen des DIW-Forschers Stefan Bach verspricht die AfD in ihrem Wahlprogramm Steuerentlastungen von 182 Milliarden Euro pro Jahr. Das entspricht 4,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Davon gehen 37 Prozent (68 Milliarden) an die reichsten 10 Prozent, 19 Prozent (34 Milliarden) an das reichste Prozent der Gesellschaft, 45 Milliarden Euro pro Jahr gehen an die untere Hälfte der Bevölkerung.

Auch die traditionelle AfD-Forderung nach einem Familiensplitting für alle Familien käme vor allem besser- und hochverdienenden Familien zugute, bei denen der Splittingvorteil die Entlastungswirkungen von Kindergeld und Kinderfreibetrag

übersteigt. Ein unbegrenztes Familiensplitting bei der Einkommenssteuer würde Entlastungen von 21 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten.

Weidel hat sich kürzlich dafür ausgesprochen, 5 Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben. Das wären 200 Milliarden Euro jährlich. Finanzierung: unklar.

Flüchtlingspolitik

Die AfD hat den rechtsextremen Kampfbegriff „Remigration“ zur offiziellen Parteilinie erklärt. In der angenommenen Formulierung werden nur Maßnahmen wie die beschleunigte Abschiebung von Straftätern genannt, die „bereits heute der geltenden Rechtslage entsprechen oder sich jedenfalls mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen“ ließen. Doch innerparteilich ist damit der Begriff auch in seinen extremeren Bedeutungen bis hin zur Ausbürgerung eingebürgerter Deutscher freigegeben. Syrerinnen und Syrer, die vor dem Bürgerkrieg geflohen sind, stellen laut AfD ein „großes Remigrationspotenzial“ dar. Nachdem ihr „Fluchtgrund entfallen“ sei, begründe ihr „zeitlich befristeter Schutzanspruch“ auf keinen Fall eine Anwartschaft auf eine dauerhafte Einwanderung.

Innere Sicherheit

Für die AfD ist Deutschland ein Land tückischer „Gewaltexzesse“ und „unhaltbarer Zustände“. Schuld sind „Clans, Banden und ausländische Mafia“ sowie „linksradikale Gewaltexzesse“. Geschlossene Grenzen sollen die Sicherheit stärken. Ausländischen „Gewalttätern und Terroristen“ soll das Aufenthaltsrecht verweigert werden, verurteilte ausländische Straftäterinnen und Straftäter sollen „zwingend“ ausgewiesen werden. Die AfD fordert zudem, „ausländische Gefährder und Terroristen“ in „Präventivhaft“ zu nehmen. Die Strafmündigkeit soll auf zwölf Jahre gesenkt werden, Jugendstrafrecht nur noch bis 18 Jahre zur Anwendung kommen.

Außenpolitik

Deutschland ist für die AfD ein „Objekt fremder Interessen“, so steht es im Wahlprogramm. Gemeint damit ist eine Abhängigkeit von den USA. Dennoch sucht die AfD offensiv den Kontakt zum neuen US-Präsidenten Donald Trump und seinen Vertrauten wie Elon Musk. Ein halbes Dutzend AfD-Politiker flog anlässlich der Amtseinführung Trumps in die USA. Die AfD sieht „die Welt im Umbruch zu einer multipolaren Weltordnung“. Sie wünscht sich ein „unabhängiges und handlungsfähiges europäisches Militärbündnis“, will aber laut Wahlprogramm bis zu dessen Aufbau in der Nato bleiben.

Fazit

Die AfD hat sich zur Bundestagswahl weiter radikalisiert. Ihre Wahlkampagne „Zeit für Deutschland“ zielt zwar auf Normalisierung und neue Wählerschichten in der Mitte, die Reden auf dem Parteitag aber weisen in eine andere Richtung, die Umarmung der extremen Teile der Partei.

BSW: VERHANDLUNGEN STATT WAFFEN

Als erste Partei in der Bundesrepublik will Sahra Wagenknechts Polit-Start-up bereits beim ersten Antritt in den Bundestag einziehen

Von Jan Sternberg

Das Wahlprogramm des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bietet von allem etwas: eine linke Sozialpolitik, die vor allem Ältere vor einem sozialen Abstieg bewahren will, eine rechte Migrationspolitik und einen kräftigen Schuss Populismus.

Wirtschaft und Energie

Ein staatlicher Industriefonds soll in „relevante Zukunftsbranchen und Schlüsselindustrien investieren“. Energieimporte sollen vom „billigsten Anbieter“ bezogen werden. Dazu gehört für Wagenknecht auch eine Wiedereröffnung von Nord Stream 2.

Einen Wiedereinstieg in die Atomenergie lehnt das BSW ab.

Bildung

Wagenknechts Partei ist für eine Zentralisierung des föderalen Bildungssystems durch ein „bundesweites Bildungsrahmengesetz, das vergleichbare Rahmenbedingun-



Als erste Partei in der Bundesrepublik will Sahra Wagenknechts Polit-Start-up BSW bereits beim ersten Antritt in den Bundestag einziehen. FOTO: SIMON/GETTY

gen, Rechtsansprüche und hohe qualitative Standards in allen Bundesländern schafft“.

Das Schulsystem müsse „auf allen Ebenen durchlässig“ werden,

damit Bildungschancen weniger von Geldbeutel und sozialem Status der Eltern abhängen.

In der Grundschule soll mehr Wert auf „die Kernkompetenzen Le-

sen, Schreiben und Rechnen“ gelegt werden. Handys und Tablets sollen an Grundschulen verboten und auch danach nur sporadisch in Klassenzimmern eingesetzt werden.

Klimaschutz und Sozialpolitik

Das BSW fordert „eine Abkehr vom Wunschdenken einer schnell erreichbaren völligen Klimaneutralität“. Um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, sollen alle Technologien genutzt werden, wie „verbrauchsarme und effiziente Verbrennermotoren“.

Das Bürgergeld in der aktuellen Form will das BSW abschaffen und zum alten Modell von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zurückkehren. Langjährig Versicherte sollen „so lange 60 Prozent ihres letzten Nettogehalts erhalten, bis ihnen eine zumutbare Beschäftigung angeboten wird oder sie eigenständig eine gefunden haben“.

Der Mindestlohn soll unverzüglich auf 15 Euro pro Stunde steigen. Kapitalerträge sollen – ebenfalls wie

früher – genauso hoch wie Arbeitseinkommen versteuert werden.

Flüchtlingspolitik

„Deutschland braucht für die kommenden Jahre eine Atempause in der Migration“, steht im Programm. Ab sofort solle „der Grundsatz gelten: Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt. Wer kein Recht auf Aufenthalt hat, hat keinen Anspruch auf ein Asylverfahren und auch keinen Anspruch auf soziale Leistungen.“

Wagenknecht fordert gegenüber dem RND Asylverfahren außerhalb Europas. „Es wäre sinnvoll, wenn die EU rechtsstaatliche Asylverfahren in Drittstaaten durchführt“, sagt die Parteigründerin und Spitzenkandidatin.

Innere Sicherheit

Besser ausgestattete Polizei, mehr Beamte auf den Straßen, mehr Stellen in der Justiz – die Forderungen des BSW zur Inneren Sicherheit sind Klassiker. Skepsis vor der Obrigkeit gibt es vor allem in den Passagen zur

Corona-Aufarbeitung: „Der politische Autoritarismus der Corona-Zeit ging so weit, dass grundlegende Freiheitsrechte durch den Staat außer Kraft gesetzt wurden.“

Außenpolitik

Wagenknecht will keine neuen US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, keine Waffenlieferungen an Israel, keine finanzielle Unterstützung der Ukraine und keinen EU-Beitritt des osteuropäischen Landes. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine soll durch Verhandlungen „ohne Vorbedingungen“ beendet werden. China und die Länder des globalen Südens sollen nach BSW-Vorstellung dazu als Vermittler bereitstehen.

Fazit

Eigentlich wollte sich das BSW Zeit lassen, um ein Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Die vorgezogene Bundestagswahl hat diesen Plan zunichte gemacht. Stattdessen gibt es ein „Best of“ von BSW-Forderungen, die an einigen Stellen nicht über Schlagworte hinausgehen.

Die Stärkung der Wirtschaft und einen sozialverträglichen Klimaschutz stellen die Grünen in den Mittelpunkt. Das ist eine Lehre aus dem Streit um das Heizungsgesetz.

Von Markus Decker

Entlastung statt Belastung – die Grünen wollen endlich weg vom Image der Verbotspar- tei. Im Wahlprogramm zur vorgezogenen Bundestagswahl 2025 stellt die Ökopartei die Lebenswirklichkeit der Menschen in den Vordergrund. Wir haben die wichtigsten Punkte zusammengefasst:

Wirtschaft

Als Schwerpunkte des grünen Wahlkampfes nannte Kanzlerkandidat Robert Habeck, das Leben für Menschen bezahlbar zu machen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wieder herzustellen sowie die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Deutschland müsse „sich noch einmal neu erfinden“, sagte er.

Die Grünen planen deshalb einen Deutschlandfonds für langfristige Investitionen. Er soll über zehn Jahre hinweg eine mittlere dreistellige Milliardensumme umfassen und über eine Reform der Schuldenbremse finanziert werden. „Unsere Infrastruktur braucht eine Grundsanierung, damit das Land wieder vorankommt“, ist im Wahlprogramm der Ökopartei zu lesen. „Mit dieser Grundsanierung machen wir das Land klimaneutral.“

Habeck sagte zwar, wenn die Wirtschaft erst einmal wieder angesprungen sei, dann werde Deutschland auch wieder höhere Steuereinnahmen bekommen. Aber bis dahin gehe es nicht ohne neue Kredite, man müsse das Wachstum vorfinanzieren.

Teil des Wahlprogramms sind ferner die Forderung nach dem Stopfen von Steuerschlupflöchern, der höheren Besteuerung von Milliardären und der Einführung einer Deutschland-App für alle Dienstleistungen des Staates. Die Parteivorsitzende Franziska Brantner sagte, Ziel sei „ein Land, das einfach funktioniert“.

Bildung

Die Grünen halten am Kita-Qualitätsgesetz fest, bei dem der Bund derzeit jährlich rund 2 Milliarden Euro in Kindertagesstätten investiert. Dazu sollen bundesweite Qualitätsstandards gesetzlich festgeschrieben werden. Kitas mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder sollen eine besondere Förde-

rung erhalten – und Unternehmen, die selbst Kita-Plätze schaffen, eine steuerliche Vergünstigung.

Mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung wollen die Grünen mit Ländern und Kommunen bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen. Durch eine „Innovationsinitiative Zukunfts-Campus“ sollen Hörsäle, Labore und Bibliotheken gemeinsam mit den Ländern modernisiert werden. Ziel sind barrierefreie Schulgebäude mit dichten Dächern, funktionierenden Toiletten und digitalen Klassenräumen – sowie mehr Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Inklusion.

Durch eine deutliche Anhebung der Mindestausbildungvergütung wollen die Grünen die Attraktivität der Ausbildung erhöhen. Der Führerscheinwerb von Auszubildenden soll bezuschusst und eine Lösung für ein Azubi-Deutschlandticket gefunden werden. Eine solidarische Ausbildungsumlage soll die Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe stärken.

Im Bereich Wissenschaft will die Ökopartei den Anteil befristet Beschäftigter deutlich senken und mit den Ländern mehr Dauerstellen neben der Professur garantieren. Dabei sollen Frauen gezielt gefördert sowie Machtmissbrauch und Diskriminierung entgegengewirkt werden.

Flüchtlingspolitik

Die Grünen setzen sich in ihrem Wahlprogramm für eine humane Flüchtlingspolitik ein und mahnen etwa „ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Pushbacks“ an den Außengrenzen der Europäischen Union an. Allerdings stellen sie derlei Forderungen nicht wie früher in den Vordergrund. Außenministerin Annalena Baerbock unterstrich stattdessen, „eine Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung zusammenbringt“, sei auch „eine Sicherheitsfrage“. Tatsächlich haben die Grünen das Gemeinsame Europäische Asylsystem, das Asylverfahren an den Außengrenzen der EU vorsieht, schon mitgetragen. Habeck erklärte jüngst gemünzt auf die syrischen Flüchtlinge in Deutschland: „Diejenigen, die hier arbeiten, die können wir gut gebrauchen. Diejenigen, die hier nicht arbeiten, werden – wenn das Land sicher ist – wieder in die Sicherheit zurückkehren können oder auch müssen.“ Das ist insgesamt ein strengerer Ton.



Wegkommen vom Image als Verbotspar- tei: Robert Habeck, Bundes- wirtschaftsminister und Grünen- Kanzlerkandidat. FOTO: ULI DECK/DPA

Klimaschutz und Sozialpolitik

Das Thema Klimaschutz rangiert offiziell lediglich an Platz drei des Grünen-Wahlprogramms – und taucht überhaupt überwiegend im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Modernisierung des Landes auf. Habeck unterstreicht jedenfalls stets aufs Neue, dass es nicht um neue Belastungen gehe (wie beim umstrittenen Heizungsgesetz aus dem von ihm geführten Bundeswirtschaftsministerium), sondern eher um Entlastungen. „Wir haben den Strom sauber gemacht“, sagte er mit Blick auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. „Jetzt machen wir ihn günstig.“

Zur Stärkung der Finanzkraft der Bürger will die Ökopartei ein sozial gestaffeltes Klimageld einführen, das die steigenden CO₂-Preise ausgleichen soll. Auch soll die Förderung von Menschen ausgebaut werden, die sich eine klimafreundliche Heizung einbauen lassen. Die Grünen schlagen bei der Rente einen Bürgerfonds vor: Mit Darlehen und Eigenmitteln des Bundes soll nachhaltig und klimaverträglich in europäische und deutsche Unternehmen investiert werden. Die Erträge sollen zur Stärkung geringerer und mittlerer Renten dienen. Sie kämen damit wohl vor allem Beziehern in Ostdeutschland zugute. Begleitend soll es für Arbeitnehmer mehr Anreize geben, länger zu arbeiten. Und der Mindestlohn soll auf 15 Euro angehoben werden. Soziale Aspekte sollen beim Klimaschutz nun von Anfang an mitgedacht werden.

Außenpolitik

Die Grünen wollen mehr europäische Zusammenarbeit und dass die EU gemeinsam für Sicherheit, Wohlstand und Demokratie einsteht. „Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps ‚America first‘“, heißt es. „Nur mit mehr Europa können wir im Wettbewerb mit den USA und China bestehen, können wir die gemeinsame Wachstums- und Innovationschwäche überwinden und wieder treibende Kraft beim technologischen Fortschritt werden.“

Die Partei bekennt sich daneben eindeutig zur Solidarität mit der von Russland angegriffenen Ukraine. Zuletzt plädierte der grüne Kanzlerkandidat schließlich dafür, nicht mehr nur 2, sondern 3,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben.

Fazit

Von Ausnahmen abgesehen sind die Grünen bemüht, einerseits entschieden zu wirken und andererseits wenig Angriffsfläche zu bieten. Sie wollen endgültig Abstand nehmen von einem angeblich bevormundenden Ansatz – hin zu einer Partei, die von den gegenwärtigen Interessen der Bürger her denkt. Der moderate Zug des Wahlprogramms zielt aber nicht allein auf den Wahltag, sondern längst auf die Zeit danach. Die Spitze der Grünen strebt ein Bündnis mit CDU und CSU an.

WELCHE **PROBLEME** BRENNEN UNTER DEN NÄGELN?

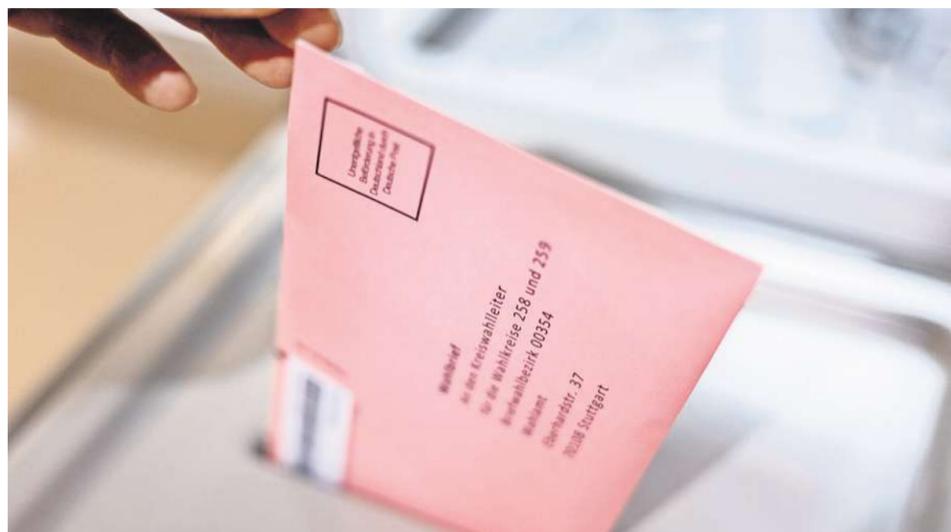
Die Ergebnisse einer Onlineumfrage des RND haben diese Ausgabe mitgestaltet: Bildung, Wirtschaft und Migration sind die Topthemen unserer Leser

Von Andreas Niesmann

Wie denken unsere Leserinnen und Leser über Deutschland? Welche Probleme in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft brennen ihnen besonders unter den Nägeln? Und welcher Partei trauen sie am ehesten eine Lösung zu? Das wollten das RedaktionsNetzwerk Deutschland und 26 Partnerredaktionen mit einer Onlineumfrage herausfinden, und mehr als 80.000 Menschen sind dem Aufruf zur Teilnahme gefolgt.

Die Ergebnisse sind zwar nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung, geben aber einen guten Eindruck davon, welche Themen Leserinnen und Leser regionaler Tageszeitungen kurz vor der Bundestagswahl als besonders wichtig einschätzen. Bei der Auswahl der Themen in dieser Spezialausgabe ist die Redaktion dem Interesse ihrer Leserinnen und Leser gefolgt.

Ganz oben auf der Liste steht das Thema Bildung. 58,4 Prozent der Teilnehmenden nennen den Bildungsbereich als denjenigen, in dem sich in Deutschland am dringendsten etwas verändern muss.



Eine Wählerin steckt ihren Wahlbrief in eine Wahlurne. Am 23. Februar haben rund 60 Millionen Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit, über den neuen Bundestag abzustimmen. FOTO: MARIJAN MURAT/DPA

Mehr als drei Viertel (77,3 Prozent) wünschen sich etwa weniger Unterrichtsausfall in der Schule. Eine bessere Vorbereitung auf das Berufsleben (68,2 Prozent) und

kleinere Klassen (55,1 Prozent) stehen ebenfalls weit oben auf der Wunschliste.

Dass die eigentlich zuständigen Bundesländer in der Lage sind, die

Probleme zu lösen, glauben die Leserinnen und Leser offenbar nicht mehr. 70,5 Prozent fordern, dass der Bund mehr Kompetenzen und Mitspracherechte in der Bildungspolitik

bekommen sollte. Nur 16,2 Prozent sind dagegen.

Wirtschaftspolitik ist das zweite wichtige Thema, bei dem sich die Befragten einen Kurswechsel wünschen. 53 Prozent geben an, dass sie in der Frage der Standortsicherung Korrekturbedarf sehen. Als größtes Problem für die Wirtschaft haben die Befragten die Bürokratie ausgemacht. 81,3 Prozent wollen einen Abbau bürokratischer Hürden. Die hohen Energiepreise müssen aus Sicht von 68,2 Prozent runter, damit Deutschland wieder wirtschaftlichen Erfolg hat. 49 Prozent glauben, dass mehr Investitionen in Bildung zu einer wirtschaftlichen Gesundung beitragen könnten.

Migration schafft es ebenfalls in die Top drei der wichtigsten Themen der Umfrage, die in der Zeit vom 13. Dezember bis zum 23. Januar erhoben worden ist und damit vor der Zuspitzung im Streit um die Flüchtlingspolitik.

Das Bild bei diesem im bisherigen Wahlkampf dominanten Thema ist differenziert. Mehr als zwei Drittel (68,2 Prozent) der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Meinung, Deutschland solle wei-

terhin Menschen aufnehmen, die vor Krieg und Gewalt fliehen. Auch zur Behebung des Fachkräftemangels erachtet eine Mehrheit (61,2 Prozent) die Aufnahme von Menschen aus dem Ausland für sinnvoll. Die klassischen Asylgründe, politische oder anderweitige Verfolgung, rechtfertigen aus Sicht von 54,7 Prozent eine Einreise nach Deutschland. Einen vollständigen Stopp der Einwanderung fordern hingegen nur 10 Prozent. Bei der Frage, welcher Partei die Befragten am ehesten die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zutrauen, landet die Union auf dem ersten Platz, allerdings mit vergleichsweise schwachen 23,1 Prozent. Die Grünen schneiden mit 19 Prozent deutlich stärker ab als in den gängigen Meinungsumfragen. Knapp dahinter folgt die AfD mit 18,7 Prozent. Der Kanzlerpartei SPD trauen nur 10,5 Prozent der Teilnehmenden die Lösung der Probleme zu. BSW, Linke und FDP landen im politischen Niemandsland.

Eine schlechte Nachricht für alle Parteien: Fast jeder fünfte Befragte (19,6 Prozent) traut es keiner politischen Partei zu, die Probleme des Landes in den Griff zu bekommen.

Herr Dr. Träger, wir leben im Zeitalter der Populisten. Trump, Milei und die AfD in Deutschland. Ist das der neue Stil, auf den wir uns in den nächsten Jahrzehnten einstellen müssen?

Tatsächlich sind Populisten gegenwärtig sehr erfolgreich. Es ist einfach, populistisch aufzutreten. Populismus bedeutet unter anderem, für komplexe Probleme vermeintlich einfache Lösungen zu präsentieren. Komplexe, lösungsorientierte Antworten auf drängende Fragen sind anstrengend und nicht so leicht zu vermitteln.

Umfragen zufolge wird der nächste Bundestag deutlich kleiner. Das liegt an der Wahlrechtsreform und daran, dass drei Parteien an der Fünfprozenthürde scheitern könnten. Kleine Parlamente gelten traditionell als stabil – doch in Deutschland dürfte das anders aussehen. Wie wird sich das Parlament verändern?

Alles zwischen einem Vier- und einem Sieben-Fraktionen-Parlament ist möglich. FDP, Linke und BSW könnten an der Fünfprozenthürde scheitern, aber auch knapp in den Bundestag einziehen. Am Wahlabend wird es vermutlich bis tief in die Nacht dauern, bevor klar ist, welche Parteien in den Bundestag einziehen. Entscheidend ist nicht nur, wer es ins Parlament schafft, sondern auch, wie weit die Parteien programmatisch voneinander entfernt sind und wer mit wem koalitionsfähig ist. Davon ist auch abhängig, wie effizient der nächste Bundestag arbeiten kann. Nehmen wir an, es würde nur vier Fraktionen geben: CDU/CSU, SPD, AfD und die Grünen. Die AfD wird von allen anderen Parteien zum jetzigen Zeitpunkt als Koalitionspartner ausgeschlossen. Die Union müsste entweder mit der SPD oder den Grünen zusammenarbeiten. Schwarz-Grün ist wegen der CSU kompliziert, also bliebe nur die große Koalition. Doch ob die SPD nach einem möglicherweise historisch schlechten Ergebnis als Juniorpartner in eine Regierung geht, ist fraglich. Falls die Union Schwarz-Grün kategorisch ausschließt, wäre die SPD in einer starken Verhandlungsposition und könnte einige Punkte durchsetzen. Das macht diese Wahl so besonders.

Würde ein Vier-Parteien-Parlament nicht besonders die AfD stärken, weil unliebsame Koalitionen geschmiedet werden müssen?

Das ist möglich. In ostdeutschen Bundesländern sehen wir seit Jahren, dass eine Zusammenarbeit mit der AfD zwar ausgeschlossen wird, dies aber selten inhaltlich begründet wird. Dann müssen Koalitionen wie die Brombeerkoalition in Thüringen geschmiedet werden, in der CDU und BSW zusammen regieren – allein, um eine Zusammenarbeit mit der AfD zu verhindern. Die Wahlergebnisse nach den Kenia-Koalitionen in Brandenburg und Sachsen zeigen aber: Die AfD verliert dadurch nicht, sie gewinnt sogar. Wähler empfinden solche heterogen zusammengesetzten Koalitionen oft als AfD-Verhinderungsbündnisse mit internen Konflikten. Das spielt der AfD in die Karten, weil sie sich als Alternative zu diesen oft zerstrittenen Regierungen präsentieren kann.

Sollte man vor diesem Hintergrund über die Abschaffung der Fünfprozenthürde nachdenken?

Die Frage ist: Wie genau würden wir sie ändern? Eine komplette Abschaffung würde bedeuten, dass auch kleine Parteien mit sehr wenigen Stimmen ins Parlament einziehen. Dadurch entstünde ein hochfragmentiertes System wie in den Niederlanden. Das macht die Regierungsbildung nicht einfacher, sondern komplizierter. Eine Senkung auf 4, 3 oder 2 Prozent würde ebenfalls Probleme mit sich bringen, denn dann würden sich die unterhalb dieser Schwellen liegenden Parteien benachteiligt fühlen. Deshalb gibt es im Grunde nur zwei Optionen: Entweder wir behalten die Fünfprozenthürde oder

WAS WIRD DIESE WAHL ENTSCHEIDEN?

Dr. Hendrik Träger ist Politikwissenschaftler und Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Universität Leipzig. FOTO: SWEN REICHHOLD

Kurz vor der Bundestagswahl ist noch völlig offen, wie sich das nächste Parlament zusammensetzt. Von vier bis sieben Fraktionen ist alles möglich. Der Politikwissenschaftler Hendrik Träger aus Leipzig erklärt, was dies für die deutsche Demokratie bedeuten könnte.

„Ich glaube nicht, dass die AfD auf der Bundesebene stärkste Kraft wird.“

Hendrik Träger, Politikwissenschaftler an der Universität Leipzig

wir schaffen die Sperrklausel komplett ab.

Die CDU hat im Bundestag erstmals einen Antrag bewusst mit Stimmen der AfD beschlossen. Wird die Absage an eine Zusammenarbeit mit der AfD bröckeln? Erleben wir eine Entwicklung wie in Österreich, wo die FPÖ erstmals eine Regierung führen könnte?

Ich glaube nicht, dass die AfD auf der Bundesebene stärkste Kraft wird. Und ich sehe auch nicht, dass die Union mit der AfD koalieren würde. Das würde dem Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU widersprechen. Außerdem würde es innerhalb der CDU großen Widerstand gegen Gespräche mit der AfD geben.

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat die CDU stark zugelegt, weil viele Wählerinnen und Wähler eine AfD als stärkste Kraft verhindern wollten. Könnte die CDU diese Wählenden mit ihren aktuellen Strategien vergraulen?

Landespolitik funktioniert anders als Bundespolitik. In Ostdeutschland haben einige Ministerpräsidenten ihren Amtsbonus genutzt, um gegen die AfD zu mobilisieren. Das gilt unabhängig von der Partei. In Brandenburg etwa hat Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) 2024 ebenso wie Reiner Haseloff (CDU) 2021 in Sachsen-Anhalt stark von seiner persönlichen Popularität profitiert. Die Frage ist, ob Friedrich Merz das auf der Bundesebene genauso glaubwürdig könnte wie Haseloff oder Woidke. Da habe ich erhebliche Zweifel.

Von Amtsträgerbonus kann auf Bundesebene ebenfalls nicht gesprochen werden. Generell sind die drei Kanzlerkandidaten von SPD, CDU und Grünen recht unbeliebt. Was wird diese Bundestagswahl entscheiden: Programme, Parteien oder Personal?

Eine Mischung aus allem. Manche Wähler sind traditionell an eine Partei gebunden; doch das nimmt ab. Andere orientieren sich stark an Personen, auch weil politische Inhalte oft über Personen vermittelt werden. Sympathie spielt eine Rolle. Aber es gibt auch Wähler, die sich gezielt mit Programmen auseinandersetzen.

Wir sehen in den Umfragen, dass die AfD besonders in Ostdeutschland erfolgreich ist. Welche Unterschiede stechen auch 34 Jahre nach der Wiedervereinigung im Wahlkampf heraus?

Die Unterschiede zwischen Ost und West sind augenfällig, auch wenn sie nicht allein die Wahlentscheidung eines Menschen bestimmen. In Ostdeutschland gibt es etwa eine geringere Parteibindung als im Westen. Zudem unterscheiden sich Ost und West hinsichtlich ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung: Beispielsweise in Nordrhein-West-

falen gibt es viele Großstädte mit urbanen Milieus. Solche urbanen Milieus haben wir in Ostdeutschland seltener; dort gibt es mehr ländliche Regionen. In ländlichen Regionen wird die AfD deutlich stärker gewählt als in den Städten. Das gilt trotz aller Unterschiede sowohl für den Osten als auch für den Westen. Selbst in Leipzig gibt es zwischen den einzelnen Stadtteilen große Unterschiede. In den eher ländlich geprägten Ortsteilen ist die AfD stärker, in den innenstadtnahen deutlich schwächer als im Durchschnitt der Stadt. In den sächsischen Landkreisen, die teilweise größer als das Saarland sind, war lange Zeit nur die CDU in der Lage, flächendeckend Kampagnen zu organisieren. Konkurrenzfähig war in manchen Regionen allenfalls die Linke. Solche Situationen prägen den politischen Wettbewerb vor Ort. In diesem Umfeld konnte die AfD bereits mit relativ wenigen Mitgliedern kampagnenfähige Strukturen aufbauen.

Immer wieder wird das Ende der klassischen Volksparteien prognostiziert. Könnte die AfD in Ostdeutschland diese Rolle übernehmen?

Das Konzept der Volkspartei ist nicht so einfach zu definieren. Man kann es über Stimmenanteile oder über Wählergruppen definieren. Die AfD wird in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus gewählt, das spricht für eine gewisse Breite. Zudem hat sie es geschafft, vor allem in ländlichen Regionen mit wenigen Mitgliedern kampagnenfähige Strukturen aufzubauen. Ich würde aber nicht sagen, dass man von der AfD zum momentanen Zeitpunkt als einer deutschlandweiten Volkspartei sprechen kann.

Lange galt die klassische Partei generell als überholt. Bewegungen wie in Frankreich von Emmanuel Macron oder Fridays for Future in Deutschland wurden als Zukunft des politischen Engagements angesehen. Doch mittlerweile befinden sich viele dieser Bewegungen in einer Krise. Ist das traditionelle Parteienmodell also doch alternativlos?

Ja und Nein. Unser Parteienmodell hat sich grundsätzlich bewährt, ist aber reformbedürftig – insbesondere in Bezug auf innerparteiliche Be-

teiligungsmöglichkeiten. Während sich Parteimitglieder früher vor allem auf die lokale Ebene fokussierten, setzen Parteien heute verstärkt auf Mitbestimmung. In den letzten zehn bis zwanzig Jahren wurde viel darüber nachgedacht, wie Mitglieder besser eingebunden werden können. Wir sehen zunehmend Mitgliederbefragungen und neue Beteiligungsformate.

Auch das politische Engagement – besonders im Osten – nahm in der Merkel-Zeit ab. Kriert die AfD gerade eine neue Welle des politischen Engagements?

Nur ein sehr kleiner Teil ihrer Wähler engagiert sich aktiv in der Partei. Wer die AfD wählt, tut das entweder, weil er wirklich von den Inhalten überzeugt ist, oder eben aus Protest. Dass die AfD in manchen Ländern als rechtsextrem eingestuft wird, spielt für ihre Wähler oft keine Rolle.

Sie sprechen es an: Die AfD gilt teilweise als rechtsextrem, in den vergangenen Wochen nahm die Debatte über ein mögliches AfD-Verbot wieder Fahrt auf. Wäre das die Lösung?

Ein Verbotverfahren wäre schwierig, weil die juristischen Hürden extrem hoch sind. Zudem würde die AfD sich als Opfer inszenieren und das Verbot als Bestätigung ihres Narrativs einer Märtyrerrolle nutzen. Die Botschaft ist: Die etablierten Parteien wollen uns verbieten, weil wir so erfolgreich sind. Falls das Verfahren scheitert, könnte die AfD sich als „gerichtlich bestätigt demokratisch“ präsentieren.

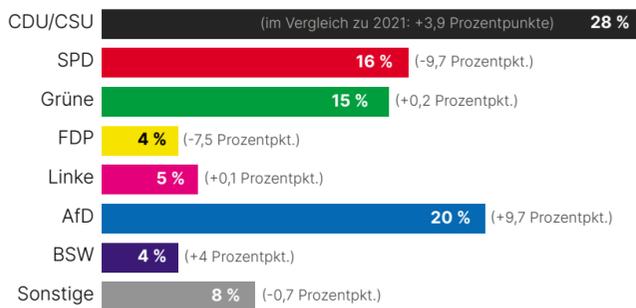
Wie der nächste Bundestag aussehen wird, ist offener denn je. Das liegt mitunter auch daran, dass viele noch unentschieden sind. Auf Umfragen nimmt diese Bevölkerungsgruppe zu. Woran liegt das – machen die Parteien keine guten Angebote?

Möglicherweise fehlt den Bürgern ein überzeugendes Angebot. Oder sie wählen strategisch, weil viele Parteien knapp an der Fünfprozenthürde stehen. Es könnte Leihstimmen geben, zum Beispiel von Wählern, die eigentlich eine große Partei favorisieren, aber aus strategischen Gründen eine kleine Partei unterstützen.

Interview: Timon Naumann

„Wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre?“

Sonntagsfrage, Befragungszeitraum: 28. Januar bis 3. Februar



RND - Grafik, Quelle: Forsa, Bundeswahlleiterin

IMPRESSUM

Herausgeber
RND RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH
August-Madsack-Straße 1
30559 Hannover
Geschäftsführung:
Thomas Duffert, Bernhard Bahners
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 209608
Umsatzsteuer-ID gemäß §27a Umsatzsteuer-
gesetz: DE 292199623

E-Mail: info@RND.de
Internet: www.RND.de

Chefredaktion
Chefredakteure: Sven Oliver Clausen, Eva Quadbeck
Mitglieder der Chefredaktion:
Manuel Becker, Stefanie Gollasch

Konzeption und Umsetzung
Claus Baldauf, Manuel Becker, Michael Pohl,
Dirk Schmalzer, Kristian Teetz
E-Mail: info@RND.de
Internet: www.RND.de

Für alle Inhalte dieses Angebotes ist verantwortlich i. S. v. § 18 Abs. 2 MSTV:
Sven Oliver Clausen, Eva Quadbeck
August-Madsack-Str. 1
30559 Hannover

Anzeigen
Patrick Bludau (verantw.)

Quellenhinweis
Die RND RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH nutzt u.a. Bild- und Textmaterial folgender

Agenturen und Nachrichtendienste:
dpa, AP, epd, Getty Images, imago

Rechtliche Hinweise
Seit dem 9. Januar 2016 gilt die Verordnung (EU) Nr. 524/2013 über die Streitigkeiten (kurz: ODR-Verordnung). Sie dient der Stärkung der Verbraucherrechte. Die Europäische Kommission stellt unter <https://webgate.ec.europa.eu/odr/> eine entsprechende Plattform zur außergericht-

lichen Onlinestreitbeilegung bereit. Unsere E-Mail-Adresse finden Sie oben im Impressum.

Informationen nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG)
Wir sind zur Teilnahme an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle weder bereit noch verpflichtet.

Alle Rechte vorbehalten

Von Christoph Kühne

Die versuchte Wahlmanipulation der Ampel ist entlarvt und verworfen worden.“ Bayerns Ministerpräsident Markus Söder feierte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Sommer 2024 als „klaren Erfolg für die CSU“. Aus seiner Sicht nachvollziehbar, denn die von Karlsruhe gekippte Abschaffung der Grundmandatsklausel hätte den Einzug der bayerischen Kleinpartei in den Bundestag vereiteln können. Deshalb hatte die CSU in einem ungewöhnlichen Schulterchluss mit der Linken gegen die Wahlrechtsreform geklagt – und teilweise recht bekommen.

Aber eben nur teilweise. Die von der Ampel beschlossene Zweitstimmendeckung hielten die Verfassungshüter nämlich für grundsätzlich konform mit dem Grundgesetz. „Wir bedauern dieses Minus an direkter Demokratie“, beklagte Söder damals – und machte die Abschaffung der Zweitstimmendeckung sogleich zur „Koalitionsbedingung für eine nächste Bundesregierung“.

Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz befürchtet, das Verfahren werde „bei der nächsten Bundestagswahl zu einer unangemessenen Benachteiligung insbesondere von Wahlkreisbewerbern der CDU und der CSU führen“. Das Wahlrecht schade „dem Grundsatz der demokratischen Repräsentanz der Wahlkreise im Deutschen Bundestag“.

Wenn Sieger verlieren

Tatsächlich kann es mit den neuen Regeln passieren, dass Gewinner von Direktmandaten nicht in den Bundestag einziehen dürfen. Ihre Wahlkreise können dadurch „verwaist“ bleiben, wären also gar nicht im Parlament vertreten. Wie es dazu kommen kann, lässt sich am besten anhand eines konkreten Beispiels erklären – und zwar Schritt für Schritt.

Nehmen wir an, die Zweitstimmendeckung hätte schon bei der Bundestagswahl 2021 gegolten. Dann wäre zunächst einmal der Anteil der Zweitstimmen auf die Sitze im Bundestag umgerechnet worden. Hier unterscheidet sich das neue Wahlrecht nicht vom alten, außer dass damals die reguläre Sitzzahl im Bundestag bei 598 lag, nun liegt sie bei 630. Die CSU hatte damals 5,2 Prozent der Zweitstimmen gewonnen. In einem Bundestag mit 630 Sitzen wären das umgerechnet 36 Sitze gewesen.

In einem zweiten Schritt müssen nun die Sitzkontingente im Bundestag auf die Bundesländer verteilt werden. Wie viele Sitze einer Partei pro Bundesland zustehen, hängt natürlich wiederum vom dortigen Zweitstimmenergebnis ab. In unserem Beispiel können wir uns diesen Rechenschritt sparen, denn die CSU gibt es ja nur in Bayern. Alle ihre 36 Sitze im Bundestag entfallen daher auf Bayern.

Neun CSU-Mandate wären weg

An diesem Punkt käme das neue Wahlrecht ins Spiel. Die CSU hatte 2021 nämlich über die Erststimmen 45 bayerische Wahlkreise gewonnen. Das sind neun Mandate mehr als die 36 Sitze, die ihr nach dem Zweitstimmenanteil eigentlich zustehen. Anders gesagt: Diese neun Mandate sind nicht mehr durch den Zweitstimmenanteil „gedeckt“.

Nach altem Wahlrecht dürfte die CSU diese überzähligen Mandate behalten, als sogenannte Überhangmandate. Dieses Verfahren hat den Bundestag aber immer weiter vergrößert, zumal dann auch noch Ausgleichmandate an die anderen Parteien vergeben wurden, damit der Zweitstimmenproporz gewahrt blieb. Deshalb sind Überhangmandate nach den neuen Regeln nicht mehr erlaubt.

Die überzähligen neun Direktmandate würde die CSU daher verlieren. Welche das wären, würde so ermittelt: Alle 45 Wahlkreisgewinner der CSU in Bayern würden aufgelistet, absteigend nach ihren Ergebnissen. Die untersten Neun, die nicht mehr durch Zweitstimmen gedeckt sind, dürften nicht in den Bundestag einziehen.

Aus neun eigentlichen Wahlkreisgewinnern wären faktisch Verlierer geworden – darunter übrigens der ehemalige Verkehrsminister Andreas Scheuer, der im April 2024 sein Bundestagsmandat niedergelegt hat. Die Wahlkreise dieser neun hätten damit auch keinen Direktkandidaten



Die Kuppel des Reichstagsgebäudes, Sitz des Deutschen Bundestags. FOTO: MICHAEL KAPPELLER/DPA

IST DAS NEUE WAHLRECHT UNFAIR?

Bei der Bundestagswahl 2025 kann es erstmals passieren, dass Direktkandidaten trotz Wahlsieg nicht in den Bundestag einziehen. Ihre Wahlkreise können „verwaist“ bleiben, wären also nicht im Parlament vertreten. Wie es dazu kommt und was das bedeutet.

in den Bundestag geschickt. Zumindest über diesen Weg wären sie nicht im Parlament vertreten gewesen, insofern also „verwaist“.

Man kann das neue Wahlrecht auch für die gesamte Bundestagswahl 2021 durchspielen. Insgesamt wären dann 28 Wahlkreise in puncto Direktmandat vakant geblieben. Am stärksten betroffen wäre tatsächlich die Union gewesen, mit elf ausgeschiedenen CDU-Direktmandaten in Baden-Württemberg und den schon genannten neun CSU-Wahlkreisen in Bayern. Das hatte Friedrich Merz wohl im Hinterkopf, als er die Zweitstimmendeckung als „unangemessene Benachteiligung“ der

Union bezeichnete. Nun muss man bei der Rückschau auf 2021 bedenken: Das neue Wahlrecht gab es damals eben noch nicht. Hätten die Wählenden um die Effekte gewusst, hätten sie sich mutmaßlich anders verhalten.

Nimmt das Stimmensplitting ab?

Gut möglich, dass dann weniger Menschen ihre Stimme gesplittet hätten. Denn wer Erst- und Zweitstimme an unterschiedliche Parteien vergibt, erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Missverhältnisses und damit einer nicht ausreichenden Zweitstimmendeckung für Erststimmensieger.

Im Interesse seiner CSU ruft Söder seine Landsleute deshalb dazu auf, kein Stimmensplitting zu betreiben: „Nur beide Stimmen für die CSU garantieren ein starkes Bayern im Bundestag.“

Umfragen legen nahe, dass er mit diesem Aufruf einigermaßen erfolgreich sein könnte. Die Wahlforschungsplattform election.de hat für die Bundestagswahl 2025 simuliert, welche Direktmandate in welchen Wahlkreisen nicht vom Zweitstimmenergebnis gedeckt sein könnten. In Bayern findet sich in dieser Projektion tatsächlich kein einziger.

Allerdings ist bei derlei Berechnungen höchste Vorsicht geboten. Es fließen viel zu viele Faktoren ein, bei denen kleinste Änderungen große Wirkungen zeitigen können. Gleich drei Parteien – FDP, Linke und BSW – kratzen an der Fünfprozenthürde. Ob sie einziehen oder nicht, kann alles ändern. Und dann sind da noch die teils knappen Rennen in 299 Wahlkreisen. Projektionen zu möglichen „verwaisten“ Wahlkreisen sind deshalb hoch spekulativ.

Waisen und Adoptionen

Aber ist das neue Wahlrecht wegen der neuen Regeln nun unfair? Es widerspricht ja durchaus der Intuition, wenn Kandidaten und ihren Wahlkreisen trotz demokratischer Mehrheiten einfach die parlamentarische Vertretung verweigert wird. Nur muss man sich vor Augen halten, warum diese Regelung getroffen wurde. Es ging eben darum, das ständige Anwachsen des Bundestages durch Überhang- und Ausgleichsmandate zu stoppen. Die Effekte der Zweitstimmendeckung waren der Preis dafür.

Hinzu kommt, dass ein Wahlkreis eher selten zur „Vollwaise“ werden dürfte. Denn auch wenn sein Direktkandidat nicht in den Bundestag einzieht, kann er durchaus noch über die Zweitstimme durch Listenkandidaten vertreten sein – dieser käme aber wegen des Zweitstimmenanteils von einer anderen Partei.

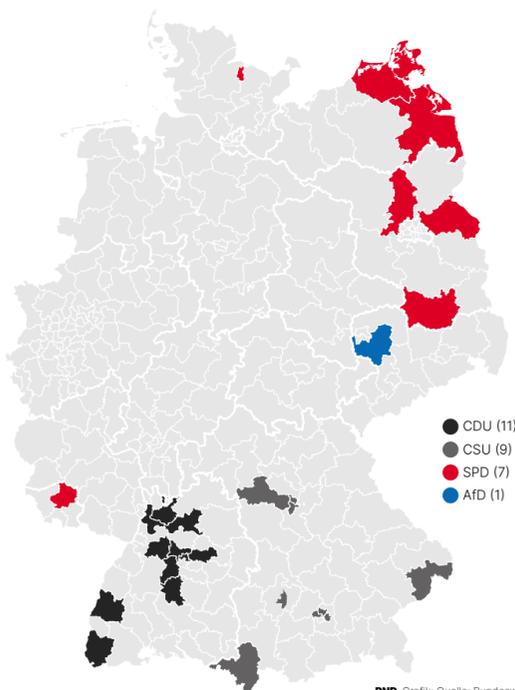
So wäre beispielsweise 2021 für Passau zwar nicht der CSU-Wahlkreissieger Andreas Scheuer eingezogen, aber über die Landesliste der SPD-Kandidat Johannes Schätzl. Passau wäre also gewissermaßen eine „Halbwaise“ geworden – freilich mit einem eher ungeliebten Stiefvater, denn Schätzl holte bei den Erststimmen nur knapp 16 Prozent, halb so viel wie Scheuer.

Demokratiethoretisch gäbe es auch noch das Adoptionsmodell. Demnach würden Kandidaten aus benachbarten Wahlkreisen die Vertretung „verwaister“ Wahlkreise übernehmen, sie bildlich gesehen also „adoptieren“.

Ob solche Ansätze jemals Schule machen, bleibt aber offen. Schließlich dürfte bald eine Partei an der Regierung sein, die ihre Unzufriedenheit mit der Ampelreform mehrfach zum Ausdruck gebracht hat. Das letzte Wort übers Wahlrecht ist noch nicht gesprochen.

Verlorene Direktmandate, wenn 2021 schon das neue Wahlrecht gegolten hätte

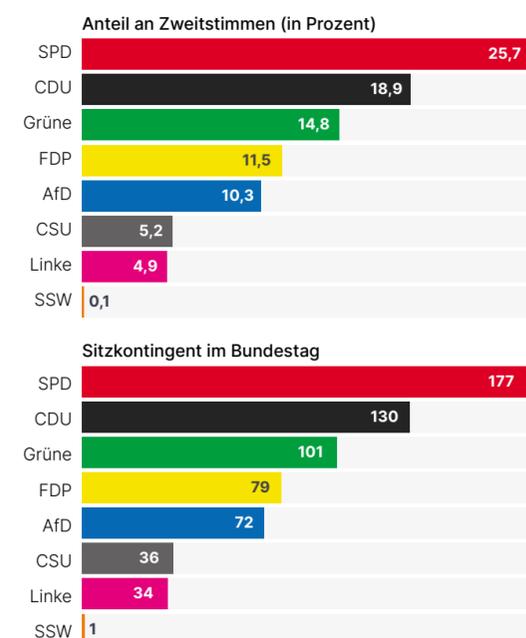
Die Erststimmengewinner in diesen Wahlkreisen wären nach den aktuellen Regeln nicht in den Bundestag eingezogen



RND-Grafik; Quelle: Bundeswahlleiterin

Sitzverteilung im Bundestag, wenn 2021 schon das neue Wahlrecht gegolten hätte

Die Sitze werden anhand des Zweitstimmenergebnisses verteilt



Der SSW darf als Minderheitenpartei sowohl nach altem wie nach neuem Wahlrecht auch mit weniger als 5 Prozent der Stimmen in den Bundestag einziehen, bildet aber keine Fraktion.

RND-Grafik; Quelle: Bundeswahlleiterin

SACHSEN: DIESE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN TRETEN AN

149 Kandidatinnen und Kandidaten sind im Freistaat zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 zugelassen. Eine Übersicht der Bewerber in den sächsischen 16 Wahlkreisen – und dem Wahlkreis im Altenburger Land.

Wahlkreis 150: Nordsachsen

- AfD:** René Bochmann (Bad Dübener, Bürokaufmann)
- SPD:** Heiko Wittig (Lößnitz, Angestellter)
- CDU:** Dr. Christiane Schenderlein (Taucha, Bundestagsabgeordnete)
- FDP:** Laurenz Frenzel (Machern, Schüler)
- Die Linke:** Peter Neßmann (Leipzig, Referent)
- Grüne:** Kai-Uwe Tüchler (Eilenburg, Vertriebspezialist)
- Freie Wähler:** Mike Kühne (Bad Dübener, Unternehmer)
- Die Partei:** Alexander Sucker (Eilenburg, Lebensmitteltechniker)
- Volt:** Falk Fiebig (Leipzig, selbstständig)
- Bündnis Deutschland:** Mike Scharsich (Belgern-Schildau, Maschinenbau-Ingenieur)

Wahlkreis 151: Leipzig I

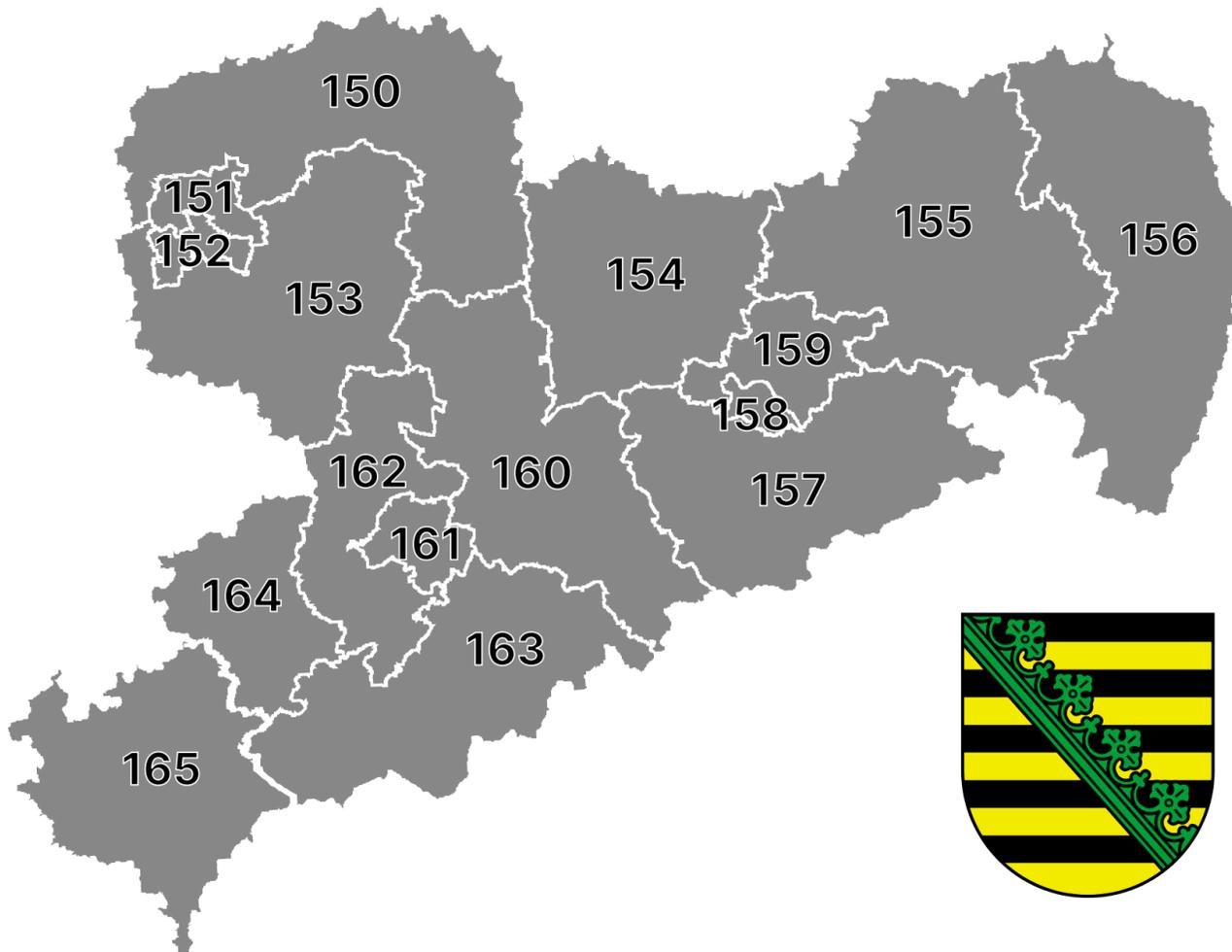
- AfD:** Christian Kriegel (Leipzig, Ingenieur-Ökonom für Polygrafie)
- SPD:** Holger Mann (Leipzig, Bundestagsabgeordneter)
- CDU:** Jens Lehmann (Leipzig, Erzieher)
- FDP:** Alexander Gunkel (Leipzig, Software Engineer)
- Die Linke:** Nina Treu (Leipzig, Politikwissenschaftlerin)
- Grüne:** Stanislaw Elinson (Leipzig, IT-Unternehmer)
- Freie Wähler:** Thomas Weidinger (Zwenkau, Rechtsanwalt)
- Die Partei:** Katharina Subat (Leipzig, freiberuflich)
- Volt:** Jan Konrad Meyer (Leipzig, Softwareentwickler)
- MLPD:** Jörg Weidemann (Leipzig, Krankenpfleger)
- Bündnis Deutschland:** Hubert Lehnigk (Leipzig, Serviceingenieur IT)
- Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW):** Sascha Jecht (Leipzig, Architekt)
- Einzelbewerber:** Gunnar Busse (Leipzig, Ingenieur Energietechnik)
- Einzelbewerber:** Martin Mauer (Leipzig, Dresden)

Wahlkreis 152: Leipzig II

- AfD:** Christoph Neumann (Leipzig, Ingenieur-Pädagoge)
- SPD:** Nadja Sthamer (Leipzig, Bundestagsabgeordnete)
- CDU:** Dietmar Link (Leipzig, Geschäftsführer)
- FDP:** Peter Jess (Leipzig, Zimmermeister)
- Die Linke:** Sören Pellmann (Leipzig, Grundschullehrer)
- Grüne:** Paula Piechotta (Leipzig, Ärztin)
- Freie Wähler:** Matthias Binner (Leipzig, Qualitätsingenieur)
- Die Partei:** Josephine Janack (Leipzig, Bildende Künstlerin)
- PdH (Partei der Humanisten):** Caspar Martin Schneiders (Leipzig, Partner Development Manager)
- Bündnis Deutschland:** Alexej Trunow (Leipzig, Bauingenieur)
- BSW:** Eric Recke (Leipzig, Sozialarbeiter)

Wahlkreis 153: Leipziger Land

- AfD:** Edgar Naujok (Markkleeberg, Unternehmer)
- SPD:** Franziska Mascheck (Froburg, Bundestagsabgeordnete)
- CDU:** Jörg Gerd Werner Heuter, (Kitzscher, Kfz-Meister)
- FDP:** Stephan Mielsch (Markkleeberg, Geschäftsführender Gesellschafter Handwerksfirma)
- Die Linke:** Jens Kretzschmar (Wurzen, staatl. gepr. Erzieher)
- Grüne:** Tom Pfandt (Markkleeberg, Chemiker)
- Freie Wähler:** Michael Voigt (Großpöna, Dipl.-Betriebswirt)
- PdH:** Mariano Dechow (Grimma, Consultant)
- BSW:** Hendrik Rudolph (Markkleeberg, selbständig)



Wahlkreis 154: Meißen

- AfD:** Christian Reck (Gröditz, Angestellter)
- SPD:** Leonhard Bernd Weist (Radebeul, Freiwilligendienstleistender)
- CDU:** Titus Reime (Radebeul, Geschäftsführer)
- FDP:** Anita Maaß (Lommattsch, Bürgermeisterin)
- Die Linke:** Jessica Hamann (Meißen, Sozialarbeiterin)
- Grüne:** Frank Buchholz (Meißen, Ing. Stadt- und Regionalplanung)
- Freie Wähler:** Steffen Mühlfordt, (Hirschstein, Zimmermeister)
- Bündnis D:** Nils Dirk Zschoke (Stauchitz, Bürgermeister)

Wahlkreis 155: Bautzen I

- AfD:** Karsten Hilse (Lohsa, Bundestagsabgeordneter)
- SPD:** Susanne Kathrin Michel (Kamenz, Bundestagsabgeordnete)
- CDU:** Steffen Roschek (Bautzen, Unternehmer)
- FDP:** Dietrich Matthias Schniebel, (Kamenz, Ing., selbstständiger Fachhändler)
- Die Linke:** Caren Nicole Lay (Bautzen, Bundestagsabgeordnete)
- Grüne:** Frank Schmidt (Sohland a. d. Spree, Forstwirt)
- Freie Wähler:** Mike Hauschild (Bautzen, Handwerksmeister)
- Bündnis D:** Maik Harald Lehmann (Doberschau-Gaußig, Elektromaschinenbaumeister)

Wahlkreis 156: Görlitz

- AfD:** Tino Chrupalla (Gablenz, Bundestagsabgeordneter)
- SPD:** Harald Prause-Kosubek (Niesky, Angestellter)
- CDU:** Florian Oest (Görlitz, Jurist)
- FDP:** Toralf Einsle (Löbau, Leitender Angestellter)
- Die Linke:** Gerhard Fuchs-Kittowski (Wandlitz, Publizist)
- Grüne:** Monique Hänel (Görlitz, Büroleiterin)
- Freie Wähler:** Sigmund Hänchen (Rothenburg/O.L., Versicherungsfachmann)
- Bündnis D:** Klaus Reepen (Zittau, Polizeibeamter)
- BSW:** Carsten Berg (Bertsdorf-Hörnitz, Landwirt)

Wahlkreis 157: Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

- AfD:** Steffen Janich (Dohma, Bundestagsabgeordneter)
- SPD:** Fabian Funke (Pirna, Bundestagsabgeordneter)
- CDU:** Peter Darmstadt, (Freital, Angestellter)
- FDP:** Nora Hohlfeld (Dresden, Rechtsanwaltsfachangestellte)
- Die Linke:** Jörg Mummie (Freital, Polizeibeamter)
- Grüne:** Matthias Gottschalk (Rabenu, Angestellter)
- Freie Wähler:** Jens Griebe (Freital, Servicetechniker)
- Bündnis D:** Maik Schulze (Wilsdruff, Zeitsoldat)

Wahlkreis 158: Dresden I

- AfD:** Thomas Ladzinski (Dresden, Ingenieur Maschinenbau)
- SPD:** Rasha Nasr (Dresden, Bundestagsabgeordnete)
- CDU:** Markus Reichel, (Dresden, Bundestagsabgeordneter)
- FDP:** Torsten Herbst (Dresden, Bundestagsabgeordneter)
- Die Linke:** Funda Römer (Dresden, Gewerkschaftssekretärin)
- Grüne:** Kassem Saleh (Dresden, Bundestagsabgeordneter)
- Volt:** Terence Koch (Dresden, Schüler)
- Bündnis D:** Frank Anton (Dresden, Personal- und Unternehmensberater)

Wahlkreis 159: Dresden II / Bautzen II

- AfD:** Matthias Rentzsch (Dresden, Angestellter)
- SPD:** Stephan Schumann (Dresden, Rechtsanwalt)
- CDU:** Lars Rohwer, (Dresden, Bundestagsabgeordneter)
- FDP:** Benita Horst (Dresden, kaufm. Leiterin)
- Die Linke:** Clara Büniger (Berlin, Bundestagsabgeordnete)
- Grüne:** Merle Spellerberg (Dresden, Bundestagsabgeordnete)
- Freie Wähler:** Theodor Benad (Dresden, Student)
- Die Partei:** Melanie Buntrock (Dresden, Reinigungskraft)
- Volt:** Sina Alex (Dresden, Gymnasiallehrerin)



Wahlkreis 160: Mittelsachsen

- AfD:** Carolin Bachmann (Mulda/Sa., Bundestagsabgeordnete)
- SPD:** Ralf Walper (Dresden, Arzt)
- CDU:** Johann Haupt, (Bobritzsch-Hilbersdorf, Landwirt)
- FDP:** Philipp Hartewig (Dresden, Bundestagsabgeordneter)
- Die Linke:** Nicole Weichhold (Waldheim, Sachbearbeiterin Glasfaserausbau)
- Grüne:** Sebastian Walter (Niederwiesa, Verkehrswissenschaftler)
- Freie Wähler:** Mark Sontowski (Freiberg, Technischer Betriebswirt IHK)

Wahlkreis 161: Chemnitz

- AfD:** Alexander Gauland (Frankfurt/M., Bundestagsabgeordneter)
- SPD:** Detlef Müller (Chemnitz, Lokomotivführer)
- CDU:** Nora Seitz (Chemnitz, Fleischermeisterin)
- FDP:** Norma Grube (Chemnitz, Schulleiterin)
- Die Linke:** Marten Richard Henning (Chemnitz, Lehrer)
- Grüne:** Christin Furtenbacher (Chemnitz, Politikwissenschaftlerin)
- Freie Wähler:** Sven Galambos (Chemnitz, Polizeibeamter (g. D.))
- Die Partei:** Tommy Nguyen (Chemnitz, Fahrradmonteur)
- Volt:** Sebastian Töpfer (Chemnitz, Einkaufssachbearbeiter)
- PdH:** Eric Clausnitzer (Chemnitz, Softwareentwickler)
- Bündnis D:** Thomas Goebel (Frankenberg/Sa., Malermeister)
- BSW:** Christian Schweiger (Chemnitz, Hochschuldozent)

Wahlkreis 162: Chemnitzer Umland/Erzgebirgskreis II

- AfD:** Maximilian Krah (Dresden, Europaabgeordneter)
- SPD:** Carlos Kasper (Lichtenstein/Sa., Bundestagsabgeordneter)

- CDU:** Sophie Pojar (Chemnitz, wissenschaftliche Mitarbeiterin)
- FDP:** Billy Bauer (Zwickau, Sicherheitsingenieur)
- Die Linke:** Frederic Beck (Leipzig, Zollinspektor)
- Grüne:** Bernhard Herrmann (Chemnitz, Wasserbauingenieur)

Wahlkreis 163: Erzgebirgskreis I

- AfD:** Thomas Dietz (Lugau/Erzgeb., Bundestagsabgeordneter)
- SPD:** Silvio Heider (Niederdorf, Chemiker)
- CDU:** Alexander Krauß (Schneeberg, Politikwissenschaftler)
- FDP:** Ulrike Harzer (Chemnitz, Bundestagsabgeordnete)
- Die Linke:** Jennifer Wolf (Lößnitz, Heilerziehungspflegerin)
- Grüne:** Philipp Riese (Zwönitz, Schienenfahrzeugkonstrukteur)
- Freie Wähler:** Philipp Kirmse (Thum, Betriebsratsvorsitzender)
- BSW:** André Müller (Crottendorf, Versicherungsfachmann)
- Einzelbewerber:** Robby Schubert (Gelenau/Erzgeb., Freiberufler)

Wahlkreis 164: Zwickau

- AfD:** Matthias Moosdorf (Wermisdorf, Musiker)
- SPD:** Jens Juraschka (Zwickau, Geschäftsführer)
- CDU:** Carsten Körber (Hartenstein, Bundestagsabgeordneter)
- FDP:** Nico Tippelt (Glauchau, Bundestagsabgeordneter)
- Die Linke:** Patrick Leonhardt (Wildenfels, Härter)
- Grüne:** Manuel Schramm (Zwickau, Mediengestalter)
- Freie Wähler:** Anselm Meyer (Zwickau, Pfarrer)
- Die Partei:** Désirée Engel (Werdau, Logopädin)
- MLPD:** Dagmar Marie Kolkmann-Lutz (Zwickau, Galeristin)
- Bündnis D:** Susan Heinrich (Langenbernsdorf, Fremdsprachensekretärin)
- BSW:** Heiko Döhler (Werdau, Ingenieur)

Wahlkreis 165: Vogtlandkreis

- AfD:** Mathias Weiser (Plauen, kaufm. Leiter)
- SPD:** Maik Linke (Elsterberg, Maurer- und Betonbaumeister)
- CDU:** Robert Hochbaum (Falkenstein/Vogtl., Verwaltungswirt)
- FDP:** Torsten Schnurre (Bad Brambach, Amtsverweser)
- Die Linke:** Simon Zwintzschner, (Netzschkau, Student)
- Grüne:** Olaf Horlbeck (Steinberg, Tischlermeister)
- Freie Wähler:** Jürgen Petzold (Klingenthal, Freiberufler)

Und sie treten im Altenburger Land an

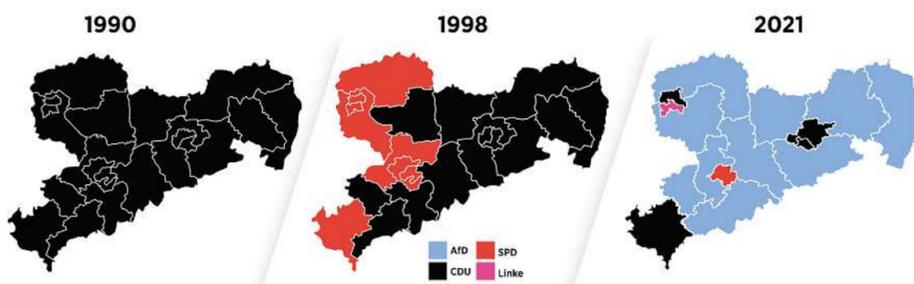


Wahlkreis 193: Gera/Greiz/Altenburger Land

- AfD:** Stephan Brandner (Gera, Bundestagsabgeordneter)
- SPD:** Elisabeth Kaiser (Gera, Verwaltungswissenschaftlerin)
- CDU:** Cornelius Golembiewski, (Jena,)
- Linke:** Frank Tempel (Nobitz, Polizeibeamter)
- FDP:** Marco Thiele (Altenburg, Gymnasiallehrer)
- Grüne:** Bernhard Stengele (Erfurt, Schauspieler)
- Freie Wähler:** Maik Stephan Witzel (Gera, Dachdeckermeister)
- BSW:** Günter André Polter (Fockendorf, Geschäftsführer)

Gewonnene Wahlkreise nach Erststimmen

bei Bundestagswahlen in Sachsen



Gewonnene Wahlkreise nach Erststimmen bei den letzten Bundestagswahlen in Sachsen.

GRAFIK: PATRICK MOYE

BUNDESTAG WIRD KLEINER – GEHEN WAHLKREISSIEGER IN SACHSEN LEER AUS?

Aufgrund der Wahlrechtsreform schrumpft das Parlament um mehr als 100 Abgeordnete. Statt 38 sitzen nach dem 23. Februar nur noch 32 oder 33 Parlamentarier aus dem Freistaat in Berlin. Wo wird es eng?

Von Thilo Alexe

Dresden. Der Winterwahlkampf hat begonnen. Die Teams der Parteien hängen dort, wo es schon erlaubt ist, Plakate auf. Kandidaten klingeln etwa in Leipzig an Haustüren oder frieren auf Marktplätzen trotz Einlagen und vielschichtiger Kleidung.

Derzeit vertreten 38 Abgeordnete von sechs Parteien die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aus dem Freistaat in Berlin. Künftig dürften es weniger sein. Erstmals gilt das neue Wahlrecht. Es soll den auf mittlerweile 733 Abgeordnete angewachsenen Bundestag verkleinern. Die Zahl der Mandate wird auf 630 verringert.

► Welche Auswirkungen hat das Wahlverfahren auf Sachsen?

Die Zahl der Abgeordneten wird sich aller Voraussicht nach verkleinern. Eine einfache Rechnung: Die durch das Ampel-Gesetz vorgenommene Kürzung der Mandate entspricht einem Anteil von rund 14 Prozent. Übertragen auf Sachsen heißt das, dass ab März möglicherweise nur noch 32 oder 33 Parlamentarier den Freistaat im Bundestag vertreten.

► Was bedeutet das neue Wahlrecht für die 16 sächsischen Wahlkreise?

Wer ein Direktmandat erringt, erhält nicht mehr automatisch ein Mandat. Der mit der Erststimme ermittelte Wahlkreissieger zieht ins Parlament ein, wenn die Partei insgesamt genügend Sitze durch die Zweitstimme erhält. Das Zweitstimmenergebnis definiert, wie viele Sitze einer Partei bundesweit zustehen. Die Sitze werden dann auf die jeweiligen Landeslisten verteilt. Kandidaten, die ein Direktmandat gewinnen, ziehen vorrangig in den Bundestag ein. Weitere Sitze werden über die Listen besetzt.

Das heißt: Wer ein Direktmandat für eine Partei mit solidem Zweitstimmenergebnis erzielt, hat gute Chancen auf ein Mandat. Aber: Gewinnt



Blick von oben in den Plenarsaal des Bundestages: Das Parlament soll nach der Wahl kleiner werden.

FOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA

eine Partei mehr Direktmandate, als ihr durch Zweitstimmen zustehen, gehen die Wahlkreissieger mit den niedrigsten Stimmenanteilen leer aus. Sogenannte Ausgleichs- und Überhangmandate fallen weg.

► Gibt es Daten für Sachsen?

Der Innenausschuss des Bundestages hat sich Anfang 2023 mit dem Wahlgesetz befasst und dazu Experten gehört. Daten zu Auswirkungen auf Sachsen enthält die Stellungnahme

des Augsburger Mathematikers Friedrich Pukelsheim. Der Wissenschaftler berechnete das Bundestagswahlergebnis von 2021 nach den Regelungen des damaligen Gesetzentwurfes, der danach allerdings noch geändert wurde.

Dennoch können die Daten gut die Wirkung des neuen Wahlrechts veranschaulichen. Für Sachsen kam Pukelsheim zu dem Ergebnis, dass CDU (derzeit sieben Sitze), SPD (acht) und Grüne (vier) je ein Mandat weniger

hätten. Auch AfD (zehn), FDP (fünf) und Linke (vier) verlören jeweils eines. Ein AfD-Wahlkreissieger wäre aufgrund der neuen Zweitstimmenregelung nicht in den Bundestag gekommen.

► Wie gehen die Parteien in Sachsen mit der Situation um?

Im Vordergrund steht das Werben für die jeweiligen Kandidaten und die Inhalte der Parteien. Der Winterwahlkampf macht aufgrund der Wit-

terung allen zu schaffen, die im Freien an Infoständen den Kontakt zu den Wählern suchen. Generell spielen die Umfragen auf Bundesebene eine größere Rolle als das neue Wahlrecht.

Die CDU fragt sich, ob der Höhenflug der Partei sich auch auf die sächsische Union auswirkt. Die SPD käme wohl nicht mehr auf acht Abgeordnete. Auch die Grünen gehen eher von maximal drei als vier Abgeordneten aus. Die FDP bangt um den Wieder-

einzig – wie auch die Linke. Sollten die Liberalen es schaffen, wären ein bis zwei Mandate realistisch, nicht mehr vier wie 2021.

Die Linke hofft, dass der Leipziger Sören Pellmann erneut ein Direktmandat holt. Das angestrebte Ziel sind drei sächsische Abgeordnete – falls es die Partei über mindestens drei Direktmandate oder eben das Überschreiten der Fünf-Prozent-Marke ins Parlament schafft. Spannend ist auch, ob die guten Werte bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland für das BSW wiederholbar sind und dem Bündnis so zu einem Einzug in den Bundestag verhelfen.

► Für wen wird es eng? Wer schafft es?

Umfragen für Sachsen liegen nicht vor, auch nicht für einzelne Regionen im Freistaat. Zehn – meist ländliche – der 16 Wahlkreise gingen im September 2021 an die AfD. In Umfragen ist die Partei deutschlandweit mit etwa 20 Prozent derzeit doppelt so stark wie am Wahltag vor dreieinhalb Jahren. Ob das für noch mehr Wahlkreissiege reicht? Vier Wahlkreise gingen 2021 an Christdemokraten, je einer an die Kandidaten von SPD und Linken.

Ein Trend ist erkennbar: In Dresden, Leipzig und Chemnitz, wo drei Christdemokraten sowie der Linke Pellmann und der Sozialdemokrat Detlev Müller die Direktmandate holten, ist die politische Landschaft ausgeglichener. Das heißt, ein Wahlkreiserfolg ist – wie in Dresden – bereits mit 18,6 Prozent der Erststimmen möglich. Auf dem Land, wo die AfD ihre Erfolge errang, siegten deren Kandidaten mit Werten von teils mehr als 30 Prozent.

Hier könnte das neue Wahlrecht greifen: Ein Wahlkreissieger aus einer Großstadt könnte bei einem vergleichsweise geringen Erststimmenergebnis tatsächlich nicht in den Bundestag kommen – es sei denn, er ist über die Landesliste abgesichert.

EIN STAMMTISCH IN DER HINTERSTUBE

Eine Handvoll Handwerksmeister trifft sich bei Dresdens zweitbestem Semmelbäcker. Und dabei geht es um weit mehr als um seine Brötchen.

Von Michael Rothe

Dresden. Bei Scheinerts brennt noch Licht – wie ringsum an diesem Abend Ende Januar auf dem Weißen Hirsch, einem Villenviertel im Dresdner Nordosten. Für den Bäcker ist das ungewöhnlich. Thomas Scheinert schläft normalerweise um diese Zeit, denn er muss gegen vier wieder in der Backstube stehen. Wegen seiner „DDR-Semmeln“ ist er für viele Dresdens Brötchen-Adresse Nummer eins. Der Chef ist bescheiden, meint, er sei „der Zweitbeste“ – und grinst.

Knackig mit wenig Luft – so soll auch die Runde sein, die sich im Pausenraum versammelt. Scheinerts mitarbeitende Ehefrau Silke hat das Quintett – alle waschechte Sachsen, verheiratete Familienväter und selbstständige Handwerksmeister – eingeladen, um vor der Bundestagswahl mal über Gott und die Welt zu reden. Vor allem über Deutschland und sein Handwerk, dessen goldenen Boden viele schon länger nicht gesehen haben. Mal quatschen ohne Funktionärssprech.

Handwerk wird kaum wertgeschätzt

Die Frau des Hauses hat aufgetafelt: Kesselgulasch, Pfannkuchen, Himbeeren mit Sahne, Bier. Es ist das erste Mal, dass sich Bäcker, Klempner, Autoschrauber, Stromer und Baumeister derart treffen. „Ich bin das Bindeglied zwischen allen“, sagt Scheinert. Auch er und seine 15 Beschäftigten backen kleinere Brötchen, seit die Zutaten teurer geworden sind und die Kundschaft ihr Geld zusammenhält. „Das liegt bei mir aber am Eiweiß lastigen Mehl“, sagt der 53-Jährige, der die Bäckerei 2001 übernommen hatte. Am Gewicht der Semmel habe sich nichts geändert. Im Gegensatz zu den Rahmenbedin-

gungen für die Wirtschaft. Er sei „hin- und hergerissen, welche Partei auf dem richtigen Weg ist“, sagt Elektromeister Gerolf Goldbach. Der 44-Jährige, Chef eines Azubis und eines Altmeisters in Teilzeit, führt sein Geschäft nur wenige Hundert Meter entfernt. „Die letzte Regierung hat nicht miteinander geredet, jeder sein eigenes Süppchen gekocht“, ereifert er sich. Die anderen nicken.

Von halbgaren Aktionen wie dem Heizungsgesetz ist die Rede, von „Paragrafenschungel“, „Engstirnigkeit“. Auch Kraftausdrücke fallen. Die Truppe ist schnell auf Betriebstemperatur. Positive Ansätze wie bei Wärmepumpen würden nicht zu Ende gedacht, die praxisnahe Basis nicht an der Lösungssuche beteiligt, so der Vorwurf.

„Abgasuntersuchungen waren mal vom Tisch, sind aber mit dem Dieselskandal wieder aufgepoppt“, wirft Kfz-Meister Uwe Mißbach ein. Dabei sei die Umgebungsluft teils schmutziger als das, was aus dem Auspuff kommt. Dennoch müssten immer neue Messgeräte angeschafft werden, kritisiert der Geschäftsführer vom Bosch-Service Mißbach im Stadtteil Bühlau. Der 54-Jährige und seine beiden Brüder hatten die freie Werkstatt mit vier weiteren Beschäftigten einst von den Eltern übernommen.

Handwerk finde zu wenig Wertschätzung, ist sich die Runde einig. Wenn sich Bundespolitiker nach Sachsen verirren, zeigten sie sich für Fotografien mit einem Meister. Dessen Anliegen sei aber schnell wieder vergessen. Es gehe darum, den Mittelstand zu stärken, sagt Matthias Rath, Chef von Quadriga Bau mit sieben Beschäftigten in Dresden-Weißig. Für Konzerne werde „ein Riesenbohei gemacht, aber wenn die Kleinen um Hilfe rufen, passiert nichts“, so der 50-Jährige.



Die selbstständigen Dresdner Handwerksmeister Uwe Mißbach, Matthias Rath, Gerolf Goldbach, Thomas Scheinert und Kai-Uwe Bartsch (v.l.n.r.) bei ihrer Meinungsbildung in der Bäckerei Scheinert am Weißen Hirsch in der Landeshauptstadt.

FOTO: JUERGEN LOESEL

Dabei seien sie es, die alles am Laufen hielten, ergänzt Kai-Uwe Bartsch. Der 52-jährige Geschäftsführer von AGT Lommatzsch hat 35 Beschäftigte, die sich um Heizung, Sanitär, Lüftung und Solaranlagen kümmern.

Lohnkosten kommen teurer als Energie

Uwe Mißbachs Werkstatt liegt gegenüber vom Gymnasium Bühlau. Die Anfragen nach Betriebspraktika sei „so hoch“, sagt er – und hebt den Zeigefinger minimal über die Tischkante. Schulabgänger würden lieber studieren, und das Niveau des Rests sei gesunken. Selbst von jenen, die als Lehrling angefangen hätten, würde viele hinschmeißen, ergänzt Klempner Bartsch. Bei der Jugend müsse die

Work-Life-Balance stimmen. Keiner wolle Spätschichten machen oder am Sonnabend arbeiten.

Im Gegensatz zum Personalmangel ist der hohe Energiepreis für die Anwesenenden weniger bedrohlich. „Man denkt immer, Bäckereien brauchen viel Strom“, sagt Scheinert. Aber Wasser, Strom und Gas machten bei ihm nicht mal fünf Prozent vom Umsatz aus. „Für mich sind die hohen Lohnkosten viel schlimmer“, so der gebürtige Glashütter. „Aber ich zahle alles nicht gern“, fügt er hinzu und hat die Lacher auf seiner Seite.

Doch am meisten rege ihn auf, ständig Statistiken machen zu müssen. Gleich danach: das Lieferketten-gesetz. „Wenn ich Kakao verarbeite, muss ich nachweisen, ob der aus dem Kongo oder aus Venezuela kommt“.

Bei den Eiern aus Kamenz und dem unbehandelten Mehl aus dem Erzgebirge sei das einfach, aber bei den Rosinen werde es schon wieder kompliziert.

Beamtenwitze und Realstare

Kfz-Experte Mißbach bläst ins gleiche Horn. Er müsste eigentlich jemanden einstellen, der alle Ersatzteile auf Rückrufaktionen überwacht und ein Archiv über via Internet in China gekaufte und eingebaute Dinge pflegt. „Irrsinn“, schimpft er. „Das Gleiche bei Nachhaltigkeitszertifikaten“, ruft Bartsch in den Raum. Identische Dämmstoffe vom gleichen Hersteller, aber nur der mit Zertifikat dürfe eingebaut werden, der fast halb so teure andere nicht.

Sie reden mit-, auch durcheinander: über Dresdner Ampelchaos, übertriebene Bauauflagen, „sinnlose Bonpflicht“, Berufsschulzentren „mit grottenschlechter Zuganbindung“, „verpufften Reparaturbonus“, das No-go einer Vier-Tage-Woche. Dazwischen Beamtenwitze – und Realstare, wie Bartschs juristischer Streit mit der Landeshauptstadt um ein 10-Euro-Park-Knöllchen.

Das geplante sächsische Vergabegesetz läuft unter dem Radar. Weil Land und Kommunen immer schlechter und später zahlen würden, interessiert sich keiner mehr für öffentliche Aufträge. Handwerksbetriebe würden teils ein Vierteljahr auf ihr Geld warten, moniert Scheinert und holt sich ein „Zwickl“-Bier.

„Ohne Ausländer geht nichts“

Auch die Digitalisierung ist für die meisten Anwesenden kein Thema. Nur zwei haben eine Website. Die anderen leben von Mund-zu-Mund-Propaganda. Für die Bäckerei ist der Onlineauftritt jedoch unerlässlich. „Ich habe sogar zwei Seiten, sonst verkaufe ich nichts“, sagt Scheinert mit Blick auf seine Christstollen.

Konsens dann wieder bei der Zuwanderung – vorausgesetzt, sie wird gesteuert. „Ohne Ausländer geht es nicht“, sagt Bartsch, der in seiner Heizungs-firma 15 Polen und zwei geflüchtete Ukrainer beschäftigt.

Einig geht die Runde später auch auseinander. Scheinert muss ins Bett. Und was bleibt vom Abend – außer dem Rest Kesselgulasch? Das Fazit: „Eigentlich geht es uns nicht schlecht. Wir haben unser Auskommen, aber der Aufwand wird immer größer.“ Und an der Wand ein Spruch in metallenen Lettern: „Auf der Suche nach dem Warum findet man oft ein Egal“. Dazwischen eine Pusteb-lume.



VON ATOMSTROM BIS MIGRATION: WAS WOLLEN DIE SACHSEN?

Wie sehen die Sachsen die Lage in Deutschland und im Freistaat? Und was muss sich dringend ändern? Rund 18.000 Menschen haben beim „Wahl-Kompass“ abgestimmt – mit teils anderen Ergebnissen als im Bundestrend.

Von Andreas Debski

Leipzig. Viele Sachsen sehen in der Migration eine Bedrohung, haben kaum Vertrauen in Parteien und würden am liebsten wieder Atomkraftwerke anschalten – das sind drei Resultate des neuen „Wahl-Kompass“. An der großen Umfrage, des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND), beteiligten sich bundesweit insgesamt 81.000 Menschen – und davon kamen rund 18.000 aus Sachsen.

Der „Wahl-Kompass“ stand im Zeichen der Bundestagswahl, die am 23. Februar stattfinden wird. Ganz konkret wurde gefragt: Wo läuft es in Deutschland gut – und wo sollte sich dringend etwas ändern? Was sind die Themen, die angepackt werden müssen?

Dabei gab es auch regional verschiedene Meinungstrends. Wir haben die zehn wichtigsten Ergebnisse für Sachsen herausgefiltert.

Bei Bildung größter Handlungsbedarf

Im Großen und Ganzen sind sich die befragten Sachsen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus anderen Bundesländern einig: Die Bildung ist in Deutschland das größte Problemfeld. Doch schon bei der Gewichtung auf den folgenden Plätzen offenbaren sich Unterschiede. So meinen mehr Sachsen als im Bundesdurchschnitt, dass bei der Wirtschaft und der Migration dringender Handlungsbedarf besteht. Dagegen schneidet der Klimaschutz im Freistaat deutlich schlechter ab – hier hält nicht einmal jede und jeder Fünfte ein Umsteuern für notwendig.

Es zeigen sich auch erhebliche Abweichungen zwischen Jüngeren und Älteren. Werden in der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren die Bereiche Wohnen und Klima deutlich höher als im Durchschnitt gewichtet, sieht die Mehrheit der über 60-jährigen Sachsen die Migration als das bedeutendste Problem an.

Auch regional sind Unterschiede abzulesen. In Leipzig stellen beispielsweise die Mieten für fast die Hälfte der Befragten eine Schwierigkeit dar – das ist weit über dem Durchschnitt. Als größte Herausforderung gilt in den Landkreisen Mittelsachsen, Bautzen und Meißen die Wirtschaft, während insbesondere im südlichen Sachsen die Migration überdurchschnittlich kritisch gesehen wird.

Bei Bürgergeld und Integration kürzen

Erste große Differenzen zwischen den bundesweiten Meinungstrends und Sachsen zeigen sich beim Thema Geld: Wo soll künftig gestrichen werden – und wo aufgestockt? Klar ist bei allen lediglich, dass in die Bildung und die Infrastruktur mehr investiert werden muss. Dagegen würden nur 48 Prozent der befragten Sachsen der Bundeswehr mehr Geld geben (bundesweit: 64 Prozent). Dabei sind die Jüngeren (44 Prozent) noch verhaltener als Altersgruppen über 50 Jahre (51 Prozent).

Zugleich wollen vergleichsweise viele Sachsen beim Bürgergeld streichen: Drei von vier Teilnehmern plädieren für Kürzungen. Dabei stellt sich auch heraus: Je älter die Befragten sind, desto ablehnder wird das Bürgergeld betrachtet. Ähnlich verhält es sich bei Integrationsleistungen, die nach Ansicht von mehr als zwei Dritteln zu hoch angesetzt sind. Ein großer Wunsch der Jüngeren (18 bis 29 Jahre) ist, dass mehr Geld in die Rentensicherung gesteckt wird – das sagen in dieser Altersgruppe immerhin 78 Prozent.

Große Skepsis gegenüber Demokratie

Es ist eines der wesentlichen Ergebnisse des „Wahl-Kompass“: Die befragten Sachsen hadern deutlich häufiger mit dem Funktionieren der Demokratie als andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Während bundesweit fast jede und jeder Zweite „sehr zufrieden“ oder zumindest „ziemlich zufrieden“ mit der Demokratie ist, sind es in Sach-

sen lediglich 31,1 Prozent – also nicht einmal ein Drittel. Allgemein lässt sich sagen: Je älter die Befragten sind, desto kritischer wird die Demokratie gesehen.

Menschen, die sich politisch rechts einordnen, äußern sich zu 90 Prozent ablehnend. Dagegen sind politisch links stehende Befragte mehrheitlich zufrieden mit der Demokratie (61 Prozent). Besonders groß ist die Skepsis in Chemnitz sowie in Mittel- und Südsachsen, dagegen werden in Leipzig (39 Prozent) und Dresden (35 Prozent) sachsenweit die höchsten Zuspruchswerte erreicht.

Vertrauen in Parteien ist nur noch gering

Vielen der befragten Sachsen ist das Vertrauen in politische Institutionen verloren gegangen. Insgesamt sind sie im Bundesvergleich auch erheblich kritischer eingestellt. So sagen nur sechs Prozent, dass Parteien vertraut wird. Dazu passt auch, dass fast ein Viertel meint, dass keine der Parteien die aktuellen Herausforderungen stemmen kann, wobei die Jüngsten noch am optimistischsten sind. Zugleich wird in Sachsen der AfD die höchste Problemlösungskompetenz zugeschrieben (bundesweit: CDU/CSU). Insgesamt gilt: Je älter die Befragten sind, desto weniger Vertrauen genießen Parteien bei ihnen.

Doch auch andere Institutionen schneiden bei vielen Sachsen schlecht ab: So wird den Kirchen lediglich von 9 Prozent großes Vertrauen entgegengebracht, kaum besser liegen die Medien (12), die Bundesregierung (13) und die Behörden (14). Das meiste Vertrauen haben die Polizei (47) und die Justiz (34). Alle diese sächsischen Werte rangieren jeweils unterhalb der bundesweiten Ergebnisse.

Die Migration wird häufig kritisch gesehen

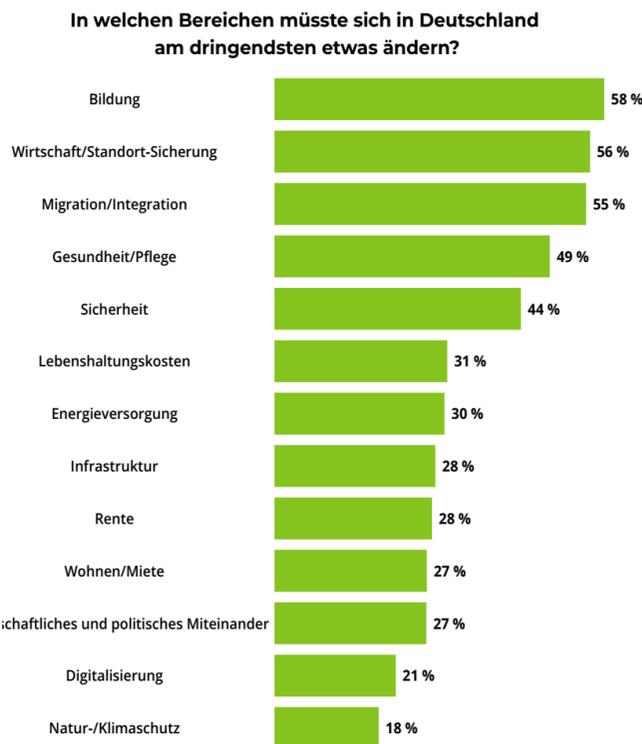
Die Zuwanderung und Migration wird von vielen der befragten Sachsen kritisch gesehen – und auch als Sicherheitsrisiko betrachtet. Während im Bundesvergleich vor allem internationale Konflikte und die gesellschaftliche Spaltung als Gefahr für das Zusammenleben gelten, steht in Sachsen die Migration an der Spitze. Vor allem Männer und die Altersgruppen über 50 Jahre halten den Zuzug für eine Bedrohung, mit dem auch ein Anstieg der Kriminalität einhergehe.

Wohl auch deshalb sprechen sich fast drei Viertel der in Sachsen Befragten für Asyl-Obergrenzen aus (bundesweit: 64 Prozent). Bei den über 60-Jährigen fordern dies 80 Prozent, bei den Jüngeren (18 bis 29 Jahre) noch 50 Prozent. Immerhin 13 Prozent meinen, dass Deutschland überhaupt keine Menschen aus dem Ausland aufnehmen sollte. Dass die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt gegen den Fachkräfte-Mangel hilft, denken nur 30 Prozent. Etwas offener äußern sich Menschen, die in Leipzig und Dresden leben.

Viele fordern längeres gemeinsames Lernen

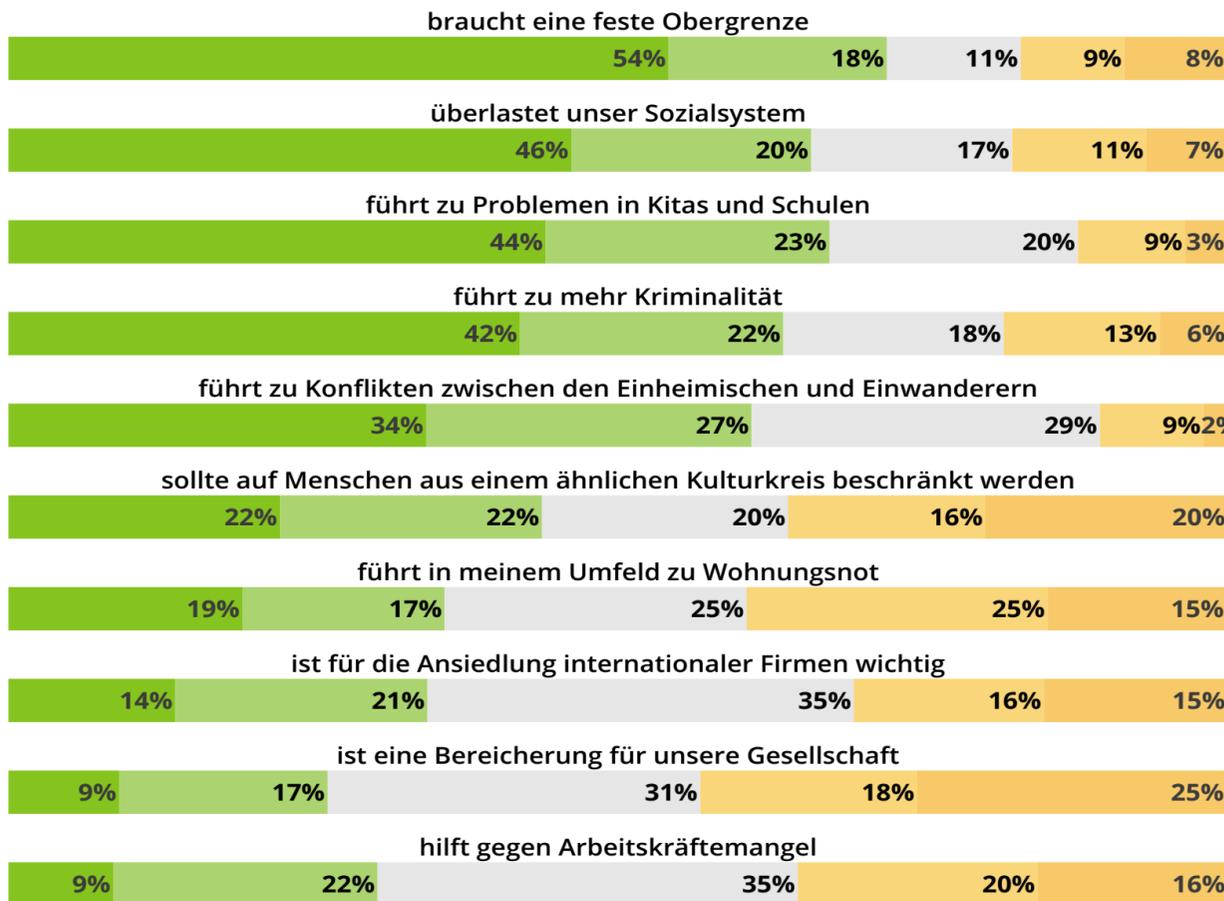
Darüber herrscht Einigkeit: Im Bildungsbereich muss sich etwas tun. Die befragten Sachsen liegen bei den drei meistgenannten Forderungen nahezu im Bundesdurchschnitt: Der Unterrichtsausfall soll reduziert werden, die Schule muss besser aufs Berufsleben vorbereiten und die Klassen müssen kleiner sein. Darüber hinaus ist in Sachsen der Wunsch nach günstigerem Schulwesen deutlich ausgeprägter (41 zu 28 Prozent). Überraschend ist ein weiteres Ergebnis: Während bundesweit gut 70 Prozent mehr Mitsprache des Bundes in der Bildungspolitik fordern, sind es in Sachsen 67 Prozent. In Leipzig plädieren aber drei Viertel der Befragten für mehr Zentralismus.

Interessant ist auch dieses Resultat: Fast jede und jeder Zweite ist in Sachsen der Meinung, dass die Kinder länger gemeinsam lernen sollen (45 Prozent) – das sind viel mehr als im Bundesvergleich (30 Prozent). Gerade den mittleren und vor allem



Wir wollten wissen: Zuwanderung ...

■ stimme voll zu ■ stimme eher zu ■ teils, teils ■ stimme eher nicht zu ■ stimme gar nicht zu



höheren Altersgruppen ist diese Forderung besonders wichtig. Jüngere schätzen das längere gemeinsame Lernen, also die Trennung nach der vierten Klasse in Gymnasien und Oberschulen, für nicht so dringend ein – sie wünschen sich überdeutlich eine bessere Berufsvorbereitung (76 Prozent).

Gefühlte Sicherheit hat sich verschlechtert

Der Befund ist eindeutig: Viele der befragten Sachsen haben das Gefühl, dass sich die Sicherheit in ihrer Wohngegend verschlechtert hat (51,6 Prozent). Damit liegen sie leicht über dem Bundesdurchschnitt (46 Prozent). Dabei gibt es keine signifikante Differenz zwischen Frauen und Männern, ebenso kaum zwischen den verschiedenen Jahrgängen. Das größte Gefühl der Unsicherheit verspüren in Sachsen demnach die 60- bis 69-Jährigen, am wenigsten die 18- bis 29-Jährigen.

Allerdings sind regionale Unterschiede zu verzeichnen. So hat der „Wahl-Kompass“ ergeben, dass sich die gefühlte Sicherheit in den Landkreisen Görlitz, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Bautzen weniger negativ entwickelt als andernorts. Dagegen wird vor allem im südlichen Sachsen angegeben, dass sich die Sicherheit deutlich verschlechtert hat. Leipzig, Dresden und Nord-sachsen liegen im sächsischen Durchschnitt: Hier meint etwa die Hälfte, dass es in seinem Wohnumfeld unsicherer geworden ist.

Der Atomstrom soll Renaissance erleben

Gravierende Unterschiede zwischen den Bundes- und Sachsen-Ergebnissen liefert die Frage, auf welche Energiequellen künftig in Deutschland gesetzt werden soll. Beim Spitzenplatz Solarstrom herrscht zwar noch Einigkeit, selbst wenn viele Sachsen im Bundesver-

gleich zurückhaltender sind (65 Prozent zu 74 Prozent positiv). Dagegen wird die Windkraft im Freistaat viel kritischer gesehen (57 zu 71 Prozent).

Stattdessen soll der Atomstrom eine Renaissance erleben, meinen viele befragte Sachsen. 56 Prozent fordern das Nutzen von Kernkraft, dabei besonders viele Befragte in

den Landkreisen Mittelsachsen und Görlitz sowie im südlichen Sachsen. Bei über 60-Jährigen kommt die Kernkraft sogar auf Platz eins, unter 40-Jährige favorisieren hingegen Erneuerbare Energien wie Solaranlagen, Wind- und Wasserkraft. Die meisten Befürworter von Windrädern leben in Leipzig (66 Prozent) und in Dresden (60 Prozent).

Methodik und Teilnehmer

Der „Wahl-Kompass“ wurde unter wissenschaftlicher Begleitung und in Kooperation mit der Agentur „Die Mehrwertmacher“ entwickelt und ausgewertet. Die Umfrage lief vom 16. Dezember 2024 bis 22. Januar 2025. In allen säch-

sichen Regionen wurden Fragebögen ausgefüllt, besonders viele in Leipzig (4700) und Dresden (4400). Die Befragung war anonym, erhobene demografische Daten lassen aber einen Rückschluss auf die Teilnehmerinnen und Teil-

nehmer zu. Unter den Befragten waren 60,5 Prozent Männer, 38,6 Prozent Frauen und 0,9 Prozent bezeichneten sich als divers. Rund 49 Prozent war zwischen 50 und 69 Jahre alt, gut 31 Prozent zwischen 30 und 49.



Es sind nur noch wenige Tage bis zur Bundestagswahl.

FOTO: HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH

DIESMAL WENIG ZEIT FÜR BRIEFWÄHLER

Stimmabgabe geht direkt in Briefwahlstelle

Dresden/Leipzig. Die Zeit für Briefwähler in Sachsen zur Bundestagswahl ist diesmal besonders knapp. Im Freistaat fällt die vorgezogene Wahl am 23. Februar mitten in die Winterferien. In einigen Landkreisen sind die Stimmzettel erst in dieser Woche verfügbar. Nach Angaben des Landeswahlleiters steht ein kürzerer Zeitraum als bisher für die Briefwahl zur Verfügung. „Ich empfehle daher allen Wahlberechtigten, die am Wahltag nicht ins Wahllokal gehen können oder wollen, nach Möglichkeit Postlaufzeiten zu vermeiden und etwa die Briefwahl vor Ort zu nutzen.“

Briefwahl vor Ort bedeutet, dass die Wahlberechtigten persönlich bei der zuständigen Stelle der Gemeindeverwaltung den Wahlschein beantragen. Auf dem Stimmzettel kann sofort das Kreuz gemacht und dieser in dem Briefwahlbüro abgegeben werden. So werden längere Postlaufzeiten vermieden.

So liegen in der seit Anfang letzter Woche geöffneten Briefwahlstelle in Leipzig die Stimmzettel bereits vor. Auch in Dresden und Chemnitz haben die Briefwahlbüros bereits geöffnet. Alle Gemeinden des Vogtlandkreises sind nach Angaben des Landratsamtes in der vorigen Woche mit den Stimmzetteln beliefert worden. Auch hier ist die Briefwahl vor Ort zum Beispiel im Bürgerbüro möglich.

Urlauber sollten sich mit Gemeinde abstimmen

Wer zum Ferienstart am 17. Februar in den Urlaub fahre, solle sich mit der zuständigen Gemeinde abstimmen, was möglich sei, hieß es von der Landeswahlleitung.

Die Winterferien in Sachsen beginnen am 17. Februar und enden am 1. März. Dies hat nach Angaben der Landeswahlleitung Auswirkungen auf das Briefwahlaufkommen. Der Anteil der Briefwahl war den Angaben zufolge ohnehin zuletzt gestiegen.



Cornelia Bösel hat schon abgestimmt: In Leipzig öffnete die Briefwahlstelle am 3. Februar.

FOTO: ANDRE KEMPNER

WIE WAHLENTSCHEIDEND IST OSTDEUTSCHLAND?

Wähler zwischen Zittau und Zingst ticken anders als die in NRW. Was hat das für Folgen?

Von Thilo Alexe

Dresden. Einmal Leipzig, zweimal Berliner Osten: Dass die Linke 2021 in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen konnte, verdankte sie ihren Erfolgen im Leipziger Süden, in Treptow-Köpenick sowie Lichtenberg. In den drei Wahlkreisen gewannen jeweils linke Kandidaten die Direktmandate. Das Trio bewirkte, dass die Partei bei der Sitzverteilung mit ihrem Stimmenanteil berücksichtigt wurde, obwohl sie die Fünf-Prozent-Marke knapp verpasst hatte.

Der Linkenerfolg – ein ostdeutsches Phänomen? Zumindest wären ohne Sören Pellmann, Gregor Gysi und Gesine Löttsch keine westdeutschen Genossen in den Bundestag gekommen. Und, auch das eine Folge des Ergebnisses, Sahra Wagenknecht hätte deutlich schlechtere Startchancen für ihre Anfang 2024 gegründete Partei BSW gehabt.

Ist der Osten wahlentscheidend? Dass die einstige PDS zwischen Zingst und Zittau besser als im Westen abschneidet, überrascht nicht. Doch das sind noch andere Beispiele, verteilt auf drei Jahrzehnte.

Etwa 1990: Der Schwung der Vereinigung brachte Helmut Kohl erneut ins Bonner Kanzleramt. Vor der

Wende in der DDR sah es so aus, als ob die SPD die CDU in der Regierung ablösen kann.

Etwa 2002: SPD und die Unionsparteien lagen mit je 38,5 Prozent der Zweitstimmen gleichauf, die SPD mit knapp 6.000 Stimmen hauchdünn vorne. Im Osten aber kam die SPD auf fast 40, die CDU nicht mal auf 30 Prozent. Beobachter sind sich einig: Die öffentlichkeitswirksamen Auftritte von Gerhard Schröder (SPD) im sächsischen Flutgebiet, sein Engagement für rasche Hilfe beim Elbehochwasser brachten die zunächst schwächelnde SPD nach vorn.

Etwa 2017: Erstmals zog die AfD in den Bundestag ein und erreichte mehr als zwölf Prozent der Zweitstimmen. Allerdings: Im Osten war sie mit fast 22 Prozent annähernd doppelt so stark wie im Westen. Die Mischung aus Kritik an der Asylpolitik und dem Nein zu gesellschaftlicher Transformation kam im Osten jedenfalls gut an. In Sachsen lag die AfD sogar mit 0,1 Prozentpunkten knapp vor der CDU. In der Folge trat Ministerpräsident Stanislaw Tillich zurück und übergab an Michael Kretschmer.

Und was passiert am Wahltag Ende Februar? Beobachter blicken gespannt auf den Osten. Womöglich

„Das BSW etwa bespielt kaum Ostthemen, sondern diese, für die es dort einen Resonanzraum gibt.“

Susanne Rippl
Soziologin aus Chemnitz

sorgt die dortige Zustimmung zum BSW, das bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen aus dem Stand je zweistellig abschnitt, für den ersten „echten“ Bundestageinzug der Wagenknechtpartei. Bislang ist sie nur als Abspaltung der Linken mit Gruppenstatus im Berliner Parlament vertreten.

Auch das Erstarren der AfD hat einen Grund in ihrer Verankerung im Osten. In den drei Landtagswahlen 2024 erreichte sie jeweils Werte um die 30 Prozent. Im Bund ist sie in Umfragen stabil zweitstärkste Kraft mit etwa 20 Prozent. Ohne die Ost-Ergebnisse sähe das etwas anders aus.

Ist also der Osten ausschlaggebend? Forscherinnen aus Sachsen antworten zurückhaltend. „Ich halte den Begriff Ostwahlen für problematisch“, sagt die Dresdner Politikwissenschaftlerin Marianne Kneuer. „Schaut man auf die Anteile, dann geht es um maximal elf Millionen Wählerinnen und Wähler“ – das seien weniger als in Nordrhein-Westfalen. Doch auch sie merkt, etwa mit Blick auf die jüngsten Europawahlergebnisse von AfD und BSW, an: „Für die beiden Parteien gibt es eine stärkere Unterstützung in den ostdeutschen Ländern als in den westdeutschen.“

Gerhard Schröders Wiederwahl ist für Kneuer keine Wahlentscheidung, die sie vorrangig auf den Osten zurückführt: „Wie eine Regierung mit der Bekämpfung einer Notlage umgeht – wie damals der Flut –, ist für die gesamte Bevölkerung wichtig.“

Die in Chemnitz lehrende Soziologin Susanne Rippl sieht einen „großen Impact“ – also durchaus eine Beachtung – der ostdeutschen Bundesländer. „Der Osten wird relativ stark gesehen“, sagt sie. Er hat demnach Aufmerksamkeit. Allerdings weist auch Rippl darauf hin, dass diese oft mit der AfD oder dem BSW verknüpft sei – ungeachtet der Programmatik der Parteien. Das BSW etwa „bespielt kaum Ostthemen, sondern diese, für die es dort einen Resonanzraum gibt“.

Ostdeutsche Wähler können für sich genommen keine Wahl entscheiden. Ihr Votum aber kann viel beachtet sein, vor allem wenn es vom Westen abweicht. Vielen dürfte noch die Karte mit den AfD-Erfolgen bei der Europawahl 2024 im Gedächtnis sein. Sie zeichnete fast exakt die DDR nach. Wähler im Osten können Akzente setzen, Entwicklungen beschleunigen oder bremsen. Bei knappen Entscheidungen kann das ausschlaggebend sein.

WARUM WÄHLEN WIR WELCHE PARTEI?

Was uns dazu bringt, wo wir unser Kreuz setzen und warum der Wahl-O-Mat für die meisten unrealistisch ist: Sozialpsychologin Frank Asbrock erklärt es.

Von Annemarie Banek

Dresden. Die Spitzenkandidaten der Parteien, die aktuell in Sachsen unterwegs sind und um jede Stimme buhlen, zeigen: Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Wie schaffen sie es, möglichst viele Menschen von sich zu überzeugen? Das weiß Frank Asbrock. Er ist Professor für Sozialpsychologie an der Technischen Universität Chemnitz und erforscht politische Psychologie, Extremismus und Ideologien.

Herr Asbrock, womit gewinnen Politiker das Vertrauen ihrer Wähler?

In der Sozialpsychologie unterscheiden wir zwei Dimensionen der Wahrnehmung: Wärme und Kompetenz. Diese Parameter sind entscheidend dafür, wie wir andere Personen und Gruppen beurteilen. Die Wärme-Dimension drückt aus, ob ein Mensch als moralisch und vertrauenswürdig wahrgenommen wird. Das ist auch das erste, was Sie wissen wollen, wenn Sie jemand Fremdes begegnen. Ist diese Person gefährlich für mich oder kann ich ihr

vertrauen? Als Nächstes wollen wir als Wähler wissen, ob der Mensch auch in der Lage ist, seinen Job auszuüben. Das ist die Kompetenz-Dimension. Diese beiden Dimensionen versuchen wir immer ganz schnell und unbewusst herauszufinden. Schaffen Politiker beides anzusprechen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen sie geeignet halten für ein politisches Amt.

Warum muss ein Politiker warm sein?

Je wärmer jemand wahrgenommen wird, desto mehr positive Emotionen bringen wir ihm entgegen. Politiker müssen ausstrahlen, dass sie für uns nahbar sind und wir ihnen vertrauen können. Die Wärme-Dimension ist allerdings auch ein Kontinuum und geht von sehr warm bis sehr kalt. Je kälter Personen sind, desto mehr negative Gefühle rufen sie in uns hervor, wie Ablehnung, Misstrauen und Neid. Die Wärmedimension sollte allerdings auch nicht zu hoch ausgeprägt sein. Denn sehr warmen Politikern würden wir unterstellen, dass sie weniger durchsetzungsfähig sind.

Was beeinflusst noch meine Wahlentscheidung?

Die Zugehörigkeit zur sogenannten Eigengruppe. Daran orientieren wir Menschen uns sehr stark. Anderen Leuten vertrauen wir eher, wenn sie aus unserer eigenen Gruppe kommen. Nehme ich den Politiker als jemanden wahr, der mich versteht und der einen ähnlichen Hintergrund hat wie ich, nehme ich eine Verbindung zu ihm wahr. Gerade

ein „elitärer“ Hintergrund wird oft negativ ausgelegt. Kann ein Politiker vermitteln, dass er eine Verbindung zu den Wählern hat, dass er so ähnlich wie sie ist und dass er für sie spricht, obwohl sie nicht unbedingt aus derselben Gruppe kommen, gebe ich ihm eher meine Stimme.

Entscheide ich das eigentlich bewusst? Oder mehr aus dem Bauch heraus?



Frank Asbrock ist Sozialpsychologe an der TU Chemnitz – und erforscht politische Psychologie und Extremismus-Ursachen. FOTO: TU CHEMNITZ/JACOB MÜLLER

Das ist – wie so oft – beides. Ganz rational sind die wenigsten Entscheidungen, die wir als Menschen treffen. Es wäre objektiver und auch besser, wenn wir uns für unsere Entscheidung nur die reinen Inhalte anschauen, ohne den Blick auf die zugehörige Partei. Dabei unterstützt zum Beispiel der Wahl-O-Mat. Das ist für die meisten Menschen aber unrealistisch.

Wieso?

Dafür orientieren wir uns einfach zu stark an Gruppenzugehörigkeiten. Menschen sind nun mal Gruppenwesen. Ähnliches finden wir erstmal positiv und angenehm. Deswegen neigen wir auch dazu, dass wir Botschaften von Menschen, die wir als ähnlich wahrnehmen, eher Glauben schenken. Zum Beispiel die Küchentischgespräche von Robert Habeck. Stehe ich den Grünen sowieso nahe, fällt es mir leichter zu sagen, das ist doch gut, er geht auf die Leute zu. Bin ich ein Gegner, kreide ich ihm das eher als aufgesetzt an. Unsere Urteilsbildung ist stark von unserer Gruppenzugehörigkeit ge-

trübt. Wir haben alle eine Art Brille auf. Das heißt auch oft die Debatten auf und verstärkt die Polarisierung.

Spiele Inhalte also gar keine Rolle?

Doch. Politiker müssen auch meine Ideen vertreten. Welche Sorgen und welche Bedürfnisse habe ich als Wähler? Der Kandidat muss ausstrahlen, dass er diese Probleme auch angehen kann. Hier geht es wieder um Kompetenz. Es gibt aber noch andere Faktoren. Zum Beispiel können bis zum Wahltag noch Umstände eintreten, die Wähler zum Umschwenken bewegen. Das war 2002 während der Elbe-Flut der Fall. Gerhard Schröder hat sich in Gumbastiefeln als Krisenkanzler profiliert und damit die Bundestagswahl gewonnen. Solche Ereignisse können einen starken Einfluss haben. Hinzu kommt: Nur, weil ich mich am Ende für eine Partei entscheide, heißt das nicht automatisch alle Positionen gut. Wenn wir bei der Wahl unser Kreuz machen, ist das ein einfaches Tun, hinter dem aber eine komplexe Entscheidung steht. Es bleibt ein Abwägen.